Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis bei Haus monatlich 11 Mk. Durch die Post monatl. 11 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Leipzigerstraße 14 Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 100 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 500 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 50 Pf. | **Dienstag, den 21. Februar 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 44**

Sowjet-Rußland in der Weltpolitik

TU. Berlin, 20. Februar.

Gut informierte sowjetrussische Kreise gaben einem Vertreter der „Telegraphen-Union" einen Abriß der russischen Auffassung der heutigen Lage. Daraus geht hervor, daß der beherrschende Gesichtspunkt der russischen Politik hinsichtlich der Genuaer Konferenz der ist, daß Rußland unter allen Umständen entschlossen ist, aus Genua kein zweites, ins Wirtschaftliche übersetztes Brest-Litowsk werden zu lassen. **Die Möglichkeit einer Aufteilung Rußlands in vielleicht nicht lokale, aber den industriellen Branchen nach abgegrenzte Interessensphären wäre aber in dem Augenblick gegeben, in dem Rußland ohne vorherige greifbare Abmachungen mit einzelnen Mächten gewissermaßen nackt auf der Genuaer Konferenz erschiene.** Es muß daher für die russische Politik die Zeit bis zum Beginn der Genuaer Konferenz von entscheidender Bedeutung werden. Was das Verhalten Rußlands gegenüber dem Versailler Vertrag und dessen Artikel 116 angehe, so lege Rußland an und für sich durchaus keinen Wert darauf, etwa jetzt plötzlich unter der Zahl der „Siegerstaaten" aufzutreten. **Gerade wegen dieser prinzipiellen russischen Einstellung gegenüber dem Versailler Vertrag habe Deutschland die moralische Pflicht und das politische Interesse, noch vor Genua mit Rußland eine direkte Wirtschaftsverständigung herbeizuführen** und Rußland in seinem Wirtschaftsaufbau zu unterstützen. Das heißt mit einem Wort: **Deutschland muß Rußland helfen, mit größerer Bewegungsfreiheit nach Genua gehen zu können.** Diese direkte Arbeit Deutschlands mit Rußland könne durch die deutsche Privatwirtschaft heute schon angebahnt werden, wogegen Rußland wirtschaftliche Garantien bis zur Grenze des Möglichen anzubieten in der Lage wäre. Politische Bedenken, die etwa in Deutschland gegen eine solche Verbindung vorhanden wären, sei es aus Rücksichten der Innenpolitik oder der Außenpolitik, müßten eben überwunden werden, und in diesem Zusammenhange zeigten die Nachrichten von russisch-französischen Unterhandlungen, daß Rußland eben um jeden Preis sich für Genua Sicherheiten schaffen wolle. Die Stellung Deutschlands in dieser Frage sei trotz der schwierigen Lage des Reiches nicht so unfrei, daß von vornherein Sonderverhandlungen mit Rußland wirtschaftlicher Art als unmöglich angesehen werden könnten. Gerade weil Rußland am Versailler Vertrag nicht beteiligt sei, stünde derartigen Möglichkeiten nichts im Wege. Daß Rußland von vornherein auf jene Möglichkeiten verzichtet, die ihm der Versailler Vertrag läßt, sei natürlich nicht zu verlangen, denn man könne sich nicht zwischen zwei Stühle setzen. Die Sicherung der Stellung Rußlands in Genua sei auch hierfür entscheidend. Jedenfalls wünsche man eine direkte Verbindung mit Deutschland, nicht etwa eine Verbindung auf dem Umwege über ein in Genua zu schaffendes internationales Syndikat.

*

Ein Geraune und Getuschel geht durch den deutschen Blätterwald. Auch die SPD.- und USP.-Presse tuschelt (und flunkert) mit. Vertreter der Sowjetregierung üben eine emsige Reise- und Verhandlungstätigkeit aus, tauchen in Berlin, in London und Paris auf. Man tappt im Dunkeln. Was will Sowjet-Rußland? Des Bürgertums hat sich eine unverkennbare Nervosität bemächtigt. Fast komisch wirkt das Orakeln des Chefredakteurs der „Vossischen Zeitung", Georg Bernhard, über die „eigenartige Persönlichkeit" Radeks, der mit der Berliner Regierung verhandelte. Bernhard schreibt diesem Revolutionär eine „umfassende Bildung" zu, die er mit „einer ganz unge wöhnlichen, blinkenden und messerscharfen Dialektik" verbindet, „eine bestrickende Kunst, unterhaltsam zu plaudern, Gaben, die ihm bezwingenden Einfluß durch Rede und Schrift auf die Massen sichern, wie sie selbst starke gegnerische Persönlichkeiten in seinen Bann zwingen, die mit ihm zusammen kommen". Radek wird neben Lord Northcliffe als der „vielleicht begabteste lebende Propagandist" hingestellt, „der alle Schichtungen des deutschen Lebens und alle Regungen der deutschen Gefühlswelt genau kennt und besonders eine umfassende Kenntnis der allerverschiedensten Persönlichkeiten Deutschlands besitzt. Das unterstützt seine Kunst, sich auf jede Schicht und jede Person besonders einzustellen". Bernhards Urteil ist besonders interessant und zeigt den Stimmungsumschwung, wenn man weiß, mit welchen Grobheiten der bürgerliche Schmok die „berüchtigten" Bolschewisten bisher zu traktieren pflegte.

Was ist geschehen? **Sowjet-Rußland ist in die Weltpolitik eingetreten.** Die bisherige Taktik der kapitalistischen Mächte, das proletarische Rußland mit bewaffneter Gewalt zu Boden zu zwingen, ist gescheitert an dem Heldenmut und der Opferfähigkeit der russischen Arbeiter und Bauern. Die bürgerlichen Staaten waren bisher fast bereit, die Existenz eines proletarischen Rußland überhaupt zu leugnen. Nun hat sich die Sowjetmacht ihre Anerkennung erzwungen, und die ganze Welt muß diese Macht als einen bedeutenden Faktor in Rechnung stellen. Sowjet-Rußland hat die Einladung zur Konferenz in Genua angenommen und es ist jetzt dabei, durch seine Vertreter die Haltung der verschiedenen Mächte genau zu sondieren, damit es nicht unvorbereitet an den Verhandlungstisch tritt.

Die große Gefahr, die Rußland bedroht, ist die Bildung eines sogenannten internationalen Finanzkonsortiums, d. h. eines geschlossenen Ausbeutertrusts unter Führung Englands. Um diese Erdrosselungsabsichten zu verhindern, ist die Politik der Sowjetregierung darauf gerichtet, möglichst mit den einzelnen Staaten direkt zu verhandeln und Sonderverträge abzuschließen. Wichtig ist die Ausnutzung des englisch-französischen Gegensatzes. Zu diesem Zwecke finden russisch-französische Verhandlungen in Paris statt, die zwar von der französischen Regierung offiziell dementiert werden.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse weiß über diese Verhandlungen in Paris allerhand zu erzählen. So fügt man, daß ein russisch-französischer Vorvertrag bereits zustande gekommen sei, daß Rußland den Versailler Vertrag anerkenne und damit auf der Zahlung deutscher Reparationen an Sowjet-Rußland bestehe. Im Artikel 116 des Vertrages von Versailles behalten sich die Alliierten nämlich „ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland jene Wiederherstellungen und Wiedergutmachungen zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages entsprechen". Die Behauptung, die Sowjetregierung habe den Versailler Vertrag anerkannt und wolle nun zu dem Druck der Entente, der auf Deutschland lastet, noch den Druck Rußlands fügen, ist natürlich nichts als leeres Geschwätz. Von einer Anerkennung des Versailler Vertrages und einem Bestehen auf deutsche Reparationszahlungen an Rußland kann schon deshalb keine Rede sein, weil feststeht, **daß die russische Außenpolitik keinen Schritt unternehmen wird, der die deutsche Arbeiterschaft gegen Rußland aufringen müßte,** wenn er eine neue Belastung der werktätigen Massen Deutschlands bedeutet.

Die USP.-Presse benutzt die Lügen in erster Linie, um die deutschen Arbeiter gegen Sowjet-Rußland zu verhetzen. Zu diesem Zwecke stellt man die sowjetrussische Diplomatie mit der bürgerlich-kapitalistischen Diplomatie auf eine Stufe. Man will nicht zugeben, daß Sowjet-Rußland eine proletarische Weltpolitik treibt, die zwar zunächst die Interessen der russischen Arbeiterschaft vertritt, zu gleicher Zeit aber die Interessen der Proletarier aller Länder, die mit den Interessen der Sowjetmacht identisch sind. Die Politik Rußlands ist in höchstem Maße abhängig von der Haltung der Arbeiterschaft in den übrigen kapitalistischen Ländern. Da die Machtpositionen, besonders der deutschen Arbeiterschaft, aber noch nicht so stark sind, um der russischen Politik eine wesentliche Hilfe leisten zu können und Rußland sich überhaupt auf die Hilfe des internationalen Proletariats noch wenig stützen kann, so ist es auf die Diplomatie, d. h. auf das Ausspielen der verschiedenen kapitalistischen Regierungen gegeneinander angewiesen.

*

Die „Freiheit" nimmt zu der Außenpolitik Rußlands Stellung und leistet sich dabei folgende Sätze:

Es ist kaum möglich, den inneren Widerspruch und die Unwahrhaftigkeit der Politik Radeks drastischer zum Ausdruck zu bringen, als durch diese Äußerungen. Einerseits wird kategorisch erklärt, Rußland erkenne den Versailler Vertrag und den Art. 116 nicht an. Andererseits wird für den Verzicht auf den nicht anerkannten Art. 116 von Deutschland verlangt, daß es nach der Pfeife Radeks tanzen soll.

Den ganzen Inhalt der russischen Politik Deutschland gegenüber auf die Formel zurückführen zu wollen: „Rußland verlangt, daß Deutschland nach Radeks Pfeife tanze", ist ein derart platter und beschränkter Nationalismus, daß er selbst bei einsichtigen bürgerlichen Kreisen Deutschlands seinesgleichen nicht findet. Denn große Teile der deutschen Bourgeoisie sehen ein, daß Rußlands Wiederaufbau ein Lebensinteresse für Deutschland ist und daß die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft davon abhängt.

Das aber müßten die Unabhängigen wissen: Sowjet-Rußland will von Deutschland nicht mehr und nicht weniger, als daß es ihm selbständig und vorbehaltlos gegenübertritt, und nicht als Glied eines internationalen Ausbeuterkonsortiums mit allerlei Hintergedanken. Uns scheint aber die Stellungnahme der „Freiheit" darauf zurückzuführen zu sein, daß gewisse unabhängige Führer allzusehr nach der Pfeife gewisser Ententekreise tanzen. Sie kommen aber auch da bei dem Tanz zu spät.

G. Sinowjew: Alte Ziele — neue Wege. Inhalt: Vor einer neuen Welle. Um die Frage der Einheitsfront. Der Stand in den verschiedenen Ländern. Auf die Gefahren achten! 30 Seiten, **Preis broschiert Mark 2,00, für Org. Mark 1,50.**

Der Kampf der mitteldeutschen Bergarbeiter

Eisleben, 20. Februar.

Der Streik geht unverändert fort. Am Sonnabend sind auch die Hohöfen niedergeblasen worden. Die elektrische Zentrale soll heute stillgelegt werden. Die Streikenden bewahren eine musterhafte Haltung. Nur Notstandsarbeiten werden verrichtet.

*

Der Kampf der Mansfelder Arbeiter gegen die Grubengewaltigen ist ein Teil der Tarifbewegung der mitteldeutschen Bergarbeiter. Während bei den Verhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in der Lohnfrage eine Einigung erzielt worden ist, die allerdings ein sehr mageres Ergebnis für die Arbeiter bedeutet, haben die Mansfelder Grubenbarone geglaubt, ihre Arbeiter mit einigen Bettelpfennigen abspeisen zu können. Von der geforderten Schichtzulage in Höhe von 20 Mk. bewilligten sie ganze 6 Mk. Die Bergarbeiter beantworteten diese Provokation mit dem Streikbeschluß, die einzig richtige Antwort, die sie geben konnten, denn schon bei früheren Kämpfen hatte sich gezeigt, daß die Mansfelder Unternehmer nur bei Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Kampfmittels bezwungen werden können. Geschlossen traten die Arbeiter in den Ausstand, ganz gleich, ob organisiert oder nicht; rund 20 000 Arbeiter stehen im Kampf gegen das verbündete Unternehmertum.

Aber nicht nur um die Lohnfrage dreht es sich bei dem Streik. Die mitteldeutschen Bergarbeiter haben den Vorschlag des Mansfelder Syndikats, die Streitfragen über den Manteltarif, sowie Lohn- und Arbeitszeitfragen abgelehnt. Die jetzt von den Unternehmern geforderte effektive Arbeitszeit von 8 Stunden pro Schicht bedeutet eine Verlängerung der Arbeitszeit, da einschließlich der Essenspause eine 8½stündige Arbeitszeit geleistet werden müßte. Statt Arbeitszeitverkürzung also Arbeitszeitverlängerung. Man sieht, es liegt System in dem Vorgehen der Unternehmerschaft. Ferner sollen alle sogenannten Vergünstigungen während der Arbeitszeit wegfallen, die bisher üblich waren. Es soll in den acht Stunden Arbeitszeit lediglich feste geschuftet werden. Weiter sollte bei den Jugendlichen-Gruppen eine wesentliche Lohnreduzierung insofern eintreten, als diese Gruppen neu festgesetzt werden sollten, und zwar von 14 bis 16 Jahren, von 16 bis 18 und von 18 bis 21 Jahren. Das Jugendlichenalter sollte von 18 auf 21 Jahre heraufgesetzt werden. Wenn man bedenkt, daß die Schichtzulage für die Arbeiter über 21 Jahre nur 10 Mk. resp. 8,50 Mk. beträgt (gefordert waren nur ganze 12 Mk.!) so kann man daraus ersehen, wie übermütig die Grubengewaltigen geworden sind. Die Streitobjekte sind also in ganz Mitteldeutschland die gleichen, nur mit dem Unterschied, daß auch in der Lohnfrage in Mansfeld keine Einigung zustandegekommen ist. Ein weiterer Punkt ist die Forderung der Arbeitervertreter, daß Arbeitern, welche den vertragschließenden Organisationen nicht angehören, Deputate, Kindergeld, Haushaltsgeld und Urlaub nicht gewährt werden dürfe. Diese Forderung muß jetzt, nachdem der Kampf entbrannt ist, völlig in den Hintergrund treten. Die im Manteltarif vorgesehene Ausschaltung der Unorganisierten und Unionisten darf unter keinen Umständen ein Kampfziel sein. Die vertragschließenden Organisationen sind der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die Politische Berufsvereinigung, Abt. Bergarbeiter, Sitz Bochum, der Gewerkverein der Bergarbeiter (S.-D.). Die Absicht ist, die Unorganisierten den Verbänden zuzuführen. Das können wir verstehen und billigen. Aber es muß gesagt werden, daß jetzt die allerungeeignetste Zeit ist, eine solche Forderung aufrechtzuerhalten und durchzuführen. Der Kampf steht jetzt so, daß sich zwei Lager gegenüberstehen: Kapital und Arbeit. Und deshalb gilt es jetzt, alle Kräfte zusammenzufassen, um den Sieg der Arbeiter zu gewährleisten. Es muß darauf hingewiesen werden, daß ein Kampf gegen einen Teil der Arbeiterschaft selbst von vornherein nur zum Vorteil der Kohlenbarone ausschlagen kann. Es wäre für die kapitalistischen Machthaber eine willkommene Gelegenheit, nachdem sie die Eisenbahner niedergeschlagen haben, nun die Bergarbeiter niederzuknüppeln. Bezeichnend ist auch, daß der BVB. diese Probe im Mansfeldischen zuerst vornehmen will und nicht in dem bedeutendsten Kohlenrevier, dem Ruhrgebiet.

Bei der heute immer schlechter werdenden Lebenshaltung des Bergproletariats, der verschärften Ausbeutung durch das Kapital, dürfen sich die Bergarbeiter nicht Ziele setzen, die die Einheitsfront der Bergarbeiter zerstören. Der Kampf muß sich richten gegen die Verschlechterungen, die im Manteltarif vorgesehen sind, gegen die ungerechte Urlaubsregelung und Arbeitszeit, besonders in der Braunkohlen- und Kaliindustrie, und vor allen Dingen für eine gleichmäßige Erhöhung der Löhne in allen Kohlenrevieren, zumindestens um die von der Essener Konferenz des VBB. verlangten 30 Prozent. Hier muß der VBB. den Kampf aufnehmen, nicht nur in einem Revier, sondern geschlossen in allen Bezirken. Dann werden die Bergarbeiter wie ein Mann hinter ihm stehen und auch die Frage der Unorganisierten wird damit gelöst sein. Der VBB. soll zeigen, daß er gewillt ist, für lebenswichtige Forderungen der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220221-18/fragment/page=0001

Bergarbeiter zu kämpfen, dann gewinnt er auch das Vertrauen der nahestehenden Massen.

Ob der Kampf in Mansfeld an Ausdehnung zunehmen wird, d. h. ob auch andere Gebiete des mitteldeutschen Braunkohlengebiets in den Streik treten werden, steht heute noch nicht fest. Sicher ist aber, daß unter den Bergarbeitern in ganz Mitteldeutschland **starke Mißstimmung herrscht** sowohl über die Schichtzulage wie auch über den Manteltarif. Die Bergarbeiter der benachbarten Kohlengebiete sympathisieren stark mit den Streikenden und würden am liebsten Schulter an Schulter mit den Mansfelder Kameraden kämpfen, um eine Lösung in einem für sie günstigen Sinne herbeizuführen. Aber die Gewerkschaftsbureaukratie handelt in anderem Sinne. Sie läßt Mansfeld allein kämpfen, während die andern Gewerke bei Fuß stehen und zusehen müssen, wie vielleicht schließlich das Unternehmertum aus diesem Kampfe als Sieger hervorgeht. **Das darf unter keinen Umständen geschehen.** Siegt das Grubenkapital in Mansfeld, dann siegt es auch in ganz Mitteldeutschland. Es würde das bedeuten: **Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Schichtlöhne.** Angesichts des ungeheuren Steuerraubes, der Brotverteuerung, der dauernden Steigerung aller Lebensmittelpreise müssen sich die Bergarbeiter auch in diesem Kampfe in geschlossener Front gegen die Unternehmer richten.

Nach einer gestrigen Wolff-Meldung hat eine Konferenz von etwa 200 Arbeitervertretern in Leipzig eine Entschließung angenommen des Inhaltes, daß die Vermittelungsaktion des ADGB. begrüßt, jedoch die Arbeiter gewillt seien, im Falle der Ablehnung der Forderungen unter allen Umständen den Kampf aufzunehmen. Durch diese Entschließung, so heißt es in der „Wolff-Meldung" weiter, ist die Situation in Mitteldeutschland dahin geklärt, daß der Streik auf die etwa 20 000 Arbeiter des mansfeldschen Erzbaues **beschränkt bleibt** und die Braunkohlenbergwerke im Betrieb bleiben.

Der ADGB. hat also eine Vermittlungsaktion in die Wege geleitet. Das bekannte Lied! Die Entscheidung, ob der Kampf allgemein auf breiterer Basis aufgenommen werden soll, wird verschleppt und hinausgeschoben. Inzwischen können sich die Mansfelder Arbeiter abkämpfen und auch eine Niederlage holen. Die Gefahr ist groß. Es muß darauf gedrängt werden, daß die Entscheidung rasch gefällt wird, um in der Situation klar sehen zu können. Lehnen die Unternehmer ab, dann muß der Kampf eingesetzt werden auf der ganzen Linie, und dann, aber auch nur dann ist völlige Gewißheit vorhanden, daß die Arbeiterschaft aus dem Kampfe als **Sieger** hervorgehen wird.

Vertagung der Genuaer Konferenz

Ein englisches Programm

WTB. London, 20. Februar.

Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle" schreibt, in ministeriellen Kreisen werde jetzt zugegeben, **daß die Genuaer Konferenz ebenso wie die Berlinerkonferenz der Sachverständigen wegen des Sturzes der Regierung Bonomi verschoben werden müsse.** Bedauerlich sei auch, daß die Pariser Konferenz über die **Fragen des Nahen Ostens** aus demselben Grunde vertagt werden müsse. Die britische Regierung hoffe jedoch, daß keine allzu große Verzögerung eintreten werde.

Ein Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, die Hauptpunkte des Uebereinkommens, zu dem, wie man hoffe, die französische und die britische Regierung in der Frage der Genuaer Konferenz kommen würden, seien folgende:

1. Ein **englisch-französisches Uebereinkommen** über die Hauptgrundsätze wird für wesentlich erachtet.
2. Die Konferenz von Genua wird angesehen als erste einer Reihe von Zusammenkünften, die vielleicht aller sechs Monate stattfinden würden.
3. Als leitender Grundsatz für die Beziehungen zu **Rußland** gilt die allmähliche Entwicklung der privaten Unternehmen in Rußland.

Wie der Berichterstatter weiter meldet, mache es die italienische Krise unmöglich, einen genauen Zeitpunkt für die Konferenz festzusetzen.

Erzbergers Mörder in Bukarest

Nach einer Meldung des „Uhr-Abendblattes" haben jetzt die beiden Mörder Erzbergers mit falschen Pässen der „erwachenden Ungarn" die gesegneten Gefilde Horthys verlassen, um sich nach Rumänien, wahrscheinlich Bukarest, zu begeben. Sie sind im Besitz **großer Geldsummen in hochwertigen ausländischen Valuten.** Die Budapester Studentenmannschaft begleitet die Mörder mit den besten Wünschen, indem sie mitteilt, daß sie „die Nachforschung unter allen Umständen fortsetzen" werde.

Wir fragen: Was haben die deutschen Behörden getan, um die Auslieferung der Mörder von Ungarn zu erreichen? Was gedenken die deutschen Behörden jetzt zu tun?

Blamiert haben sie sich schon genügend.

Die Reichskonferenz der USP.

Morgen, Mittwoch, tagt in Berlin die Reichskonferenz der Unabhängigen Partei, die sich mit dem **Verhalten Breitscheids** und seiner hinausgelaufenen Freunde beschäftigen soll. Das Hauptorgan der Unabhängigen Partei, die „Freiheit", erachtet es nicht für notwendig, die Arbeiterschaft von dieser Tagung zu unterrichten. Die Absicht liegt klar auf der Hand. Die unabhängige Führerschaft will eine klare politische Auseinandersetzung **vermeiden.** Sie scheut eine gründliche Vorbereitung der Konferenz. Sie scheut die Diskussionierung der Probleme in der Mitgliedschaft. In der überstürzt einberufenen Reichskonferenz soll **hinter den Kulissen** möglichst schnell die Versöhnung mit den Breitscheid abgeschlossen werden, eine Versöhnung, die um so leichter werden soll, als ein ernstlicher Streit innerhalb der unabhängigen Führerschaft nicht bestanden hat. Diese Absicht wird noch mehr bestätigt durch die Art, wie die „Freiheit" die Abstimmung über das Vertrauensvotum behandelt hat. Erst kam ein Artikel von **Crispien**, der theoretisch sehr radikal war, aber der keinerlei praktische Schlußfolgerungen enthielt. Es folgte ein Aufsatz **Dittmanns**, der mehr aufs Praktische einging. Und zwar bestand die Praxis Dittmanns darin, daß er das Verhalten Breitscheids mit allen Mitteln zu **entschuldigen** suchte und den offenen Rechtssozialisten innerhalb der USP. die volle Freiheit ihrer Betätigung einräumte. Danach hatte **Breitscheid** selbst leichtes Spiel. In dem Artikel, den er für die „Freiheit" schrieb, brauchte er sich nur auf Dittmann und die anderen USP.-Führer zu berufen, um zu beweisen, daß er keinen Disziplinbruch begangen habe. Nach diesem Artikel Breitscheids **schweigt** die „Freiheit" über die ganze Frage, über die Krise in der USP.

Es ist klar, daß es damit für die unabhängigen Arbeiter nicht getan ist. Die unabhängigen Arbeiter haben das Recht und die Pflicht, zu verlangen, daß eine **klare politische Auseinandersetzung** herbeigeführt wird. Wie die unabhängigen Arbeiter denken und daß sie gar nicht mit der sophistischen Beweisführung Breitscheids einverstanden sind, zeigt folgende Stellungnahme der Erfurter „Tribüne":

„Wir wollen das Fehlen der zuerst aufgeführten 12 Genossen unberücksichtigt lassen, verurteilen aber aufs schärfste das Verhalten der im Reichstag anwesend gewesenen 13 Genossen, die demonstrativ der Abstimmung ferngeblieben sind. Das ist **glatter Disziplinbruch**, den sich die Fraktionsmehrheit und die Partei nicht gefallen lassen darf. Zentralkomitee und Fraktion haben die Pflicht die 13 Drückeberger zur Verantwortung zu ziehen. Ihnen ist zum Bewußtsein zu bringen, daß nicht nur der „Durchschnittsgenosse" die Pflicht hat, Parteidisziplin zu üben, sondern in erster Linie und vorbildlich unsere Parlamentsvertreter, die nicht um ihrer selbst willen im Reichstag sitzen."

Die unabhängigen Arbeiter betrachten das Verhalten Breitscheids als **glatten Disziplinbruch.** Es handelt sich jetzt darum, die **praktischen Konsequenzen** aus der Führerrebellion derer um Breitscheid zu ziehen. Wollen die unabhängigen Arbeiter sich die Provokationen der Breitscheid ruhig ansehen, die offen darauf ausgehen, die unabhängige Partei in das Schlepptau der rechtssozialistischen Koalitionspolitik zu bringen, unbekümmert um die Grundsätze und den Willen der Arbeiterschaft?

Die Reichskonferenz wird zeigen, ob die Arbeiter oder die Breitscheid den entscheidenden Einfluß innerhalb der USP. ausüben.

Groener provoziert aufs neue

WTB. Berlin, 20. Februar. In einer Sonderausgabe des Reichsverkehrsblatts nimmt der Reichsverkehrsminister zu der Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Eisenbahnerstreiks wie folgt Stellung:

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter beschäftigt sich neuerdings mit dem Gedanken einer Wiederaufnahme des Streiks.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der Reichstag in seiner weit überwiegenden Mehrheit den Standpunkt der Regierung in der Streikfrage gebilligt hat. Der Herr Reichskanzler hat zu dieser Frage in der Reichstagssitzung vom 9. Februar d. J. nachdrücklichst erklärt, daß ein Streikrecht für den Beamten nicht bestehe und er hat die Arbeitsniederlegung eines Teils der Reichsbahnbeamten als eine „Revolte in der Beamtenschaft" gebrandmarkt. Danach müßte bei einer Wiederholung solcher Vorkommnisse gegen jeden die Arbeit verweigernden Beamten mit aller Schärfe eingeschritten werden. Die diesmal geübte Schonung der Mitläufer könnte nicht mehr in Frage kommen.

Die hier wiedergegebene Erklärung des Herrn Reichskanzlers widerlegt aber auch die von der Reichsgewerkschaft verbreitete Darstellung, wonach die Reichsregierung die jüngst begangenen Verfehlungen nachträglich milder beurteilen soll als bisher. Maßgebend für die Beurteilung sind allein die im Kabinett aufgestellten, im Reichstag von mir bekanntgegebenen und dort gebilligten Richtlinien, für deren Einhaltung ich die volle Verantwortung übernehme. Ich habe Anlaß, dies mit Rücksicht auf das pflichtgetreue Personal und auf die mit der Untersuchung der Disziplinarfälle betrauten Beamten besonders zu betonen.

Wir kommen auf diese freche Provokation des Hundsfott-Generals noch zurück.

Der preußische Kultusetat

Im Preußischen Landtag begann am Montag die zweite Beratung des Haushaltsetats für 1922 mit der Erörterung des Kapitels „Wissenschaft, Kunst und Volksbildung". Es ist erst wenige Wochen her, seit der Kultusetat des zu Ende gegangenen Jahres vom Hause durchgepeitscht wurde. Aber jetzt scheinen die Parteien doch ein wenig Zeit an die wichtige Frage der Volkserziehung wenden zu wollen. Denn allgemach gerät die Schule unter der sozialdemokratisch-volksparteilich-zentrümlichen Koalition und der Gedanke der Schulreform im Geiste der neuen Zeit in schwere Bedrängnis.

Dafür war folgendes Bild im Landtage bezeichnend: Auf der Ministerbank thronte, umgeben von einem großen Stabe von Geheimräten, in seines Leibesfülle Herr **Boelitz**, weiland Oberlehrer S. M., noch vor kurzem glühender Verehrer des „Potsdamer Geistes", der jetzt im Auftrage von Stinnes infolge der Görlitzer Politik der SPD. im Kultusministerium der Republik Preußen regiert. Vor dem Rednerpult rannte unruhig Herr Konrad Haenisch hin und her, dessen kultusministerielle Herrlichkeit zu Ende ging, als er bei der Durchführung seiner Idee von der Synthese „Zwischen Potsdam und Weimar" mehr an Weimar als an Potsdam dachte.

Was der Stinnesminister vorzutragen hatte war indessen nichts mehr als die von Volksparteilern schon bis zum Ueberfluß gehörte Schaumschlägerei von der „Ertüchtigung der deutschen Jugend". Im übrigen bemühte er sich mit vielen und schönen Worten nichts zu sagen. Wenigstens verpflichtete er sich zu nichts was irgendwie erkennen ließe, daß endlich mit der Umsetzung moderner schulreformerischer Gedanken begonnen werden soll. Derartiges von einem monarchistischen Schulmann zu erwarten wäre ja auch falsch; das können nur noch Leute die von der sozialistisch-christlich-volksparteilichen Koalitionspolitik noch ihr Heil erhoffen.

Von den bürgerlichen Fraktionsrednern vertrat der Zentrumsmann Dr. **Lauscher** die christliche Schule als ideale Volksbildungsstätte. Außerdem ritt er eine Attacke gegen unseren Genossen Dr. Ernst Meyer, der in einer der letzten Sitzungen das Recht der Kirche auf staatliche Subvention bestritt, zumal da auch die in den Säkularisationen vom Staate übernommenen Kirchengüter zusammengestohlen und geraubt wurden. Die staatsrechtlichen Salbadereien des sehr redegewandten Zentrumsmannes waren aber trotz ihrer antibolschewistischen Schärfe alles andere als überzeugend.

Von der USP. übte Kleinsehn, der Tosstoianer, einige Kritik am preußischen Schulwesen. Seine Forderungen erschöpften sich indessen lediglich in der Erfüllung des Schul- und Erziehungswesens mit dem Geiste der Demokratie die zur Festigung des demokratischen Staates notwendig sei. In die Tiefe schürfte erst unser Fraktionsredner. Wir lassen die Ausführungen des Genossen Dr. **Ernst Meyer** hier im Auszuge folgen:

Dr. Ernst Meyer (Kommunist):

In der politisch-literarischen Wochenschrift „Die Weltkunde" wurde kürzlich mitgeteilt, daß der Kultusminister im Kreise seiner Mitarbeiter als „Genosse Boelitz" bezeichnet werde. Dieser Ausdruck soll desshalb entstanden sein, weil Herr Boelitz seine Auffassung von der Monarchie nach seinem Eintritt ins Ministerium sehr gedämpft habe. Wir sind nicht in der Lage, dieser halb freundlichen, halb ironischen Beurteilung des Kultusministers Boelitz zuzustimmen. Es ist zu konstatieren, daß sich unleugbar eine Verschärfung der reaktionären Tendenzen unter der Amtsführung des Herrn Boelitz innerhalb des Schulbetriebs zeigt. Es steht fest, daß in einzelnen Schulen Berlins Kaiser-Geburtstagsfeiern veranstaltet worden sind und daß am 18. Januar in Königsberg in einer Reihe höherer Schulen

Feiern zugunsten der Monarchie

stattgefunden haben. Wir haben versucht, durch eine kleine Anfrage eine Kundgebung des Ministers hierüber herbeizuführen und erwarten, daß sich der Herr Minister bei der Beratung des Kultusetats darüber äußert, wie nach seiner Ansicht die freudige Bejahung des demokratischen Staates gegenüber der offen monarchistischen und reaktionären Haltung eines großen Teils der Lehrer- und Oberlehrerschaft durchgesetzt werden kann. Es kann uns dabei nicht genügen, daß der Minister von dieser Stelle aus erklärte, daß er Schulpolitik im Sinne der freudigen Bejahung des Staates betreiben wolle, sondern wir verlangen zu erfahren, durch welche Maßnahmen den monarchistischen Tendenzen entgegengearbeitet worden ist.

Was der Kultusminister über seine Schulauffassung vorgetragen hat, kann uns nicht befriedigen. Was heißt es, wenn er sagt, daß der Gedanke der Kultureinheit in dieser Zeit besonders betont werden müsse. Wir erwarten eine Erläuterung dieses farblosen Begriffs, wir wollen wissen was er sich darunter vorstellt. Wenn der Kultusminister weiter sagte, daß man die Wurzel der Vergangenheit im Unterricht nicht beschneiden lassen darf, und daß dazu eine genaue Kenntnis der Geschichte nötig sei, so sind wir durchaus dafür, daß die Kenntnis der deutschen Geschichte, der Wirtschaftsgeschichte und der politischen Geschichte den Heranwachsenden näher gebracht wird. Was aber bisher als Geschichtsunterricht in den Schulen betrieben worden ist, war kein objektiver Unterricht über die geschichtliche Vergangenheit, sondern eine ein-Byzantinerei.

Als Hemmnis einer wirklich vernünftigen Erziehung der Jugend betrachten wir insbesondere die Verquickung der Erziehung mit religiösen Gesichtspunkten. Wenn die Herren vom Zentrum und den noch weiter rechtsgerichteten Parteien der Meinung sind, daß sich die Elternschaft ihr Recht nicht rauben lassen werde, die Kinder im konfessionellen Sinne zu erziehen, dann verweisen wir darauf, daß es ihnen unbenommen ist, außerhalb der Schule die Kinder, die unter ihrem Einflusse stehen, in ihrem Sinne zu erziehen. Wir lehnen es aber ab, daß die Kinder, deren Eltern keinen konfessionellen Unterricht wünschen, im konfessionellen Geiste erzogen werden sollen. Wir müssen darüber hinaus Einspruch dagegen erheben, daß eine Religionsgemeinschaft Anspruch darauf erhebt, den gesamten Unterricht im konfessionellen Sinne zu beeinflussen. Es kommt dazu, daß ein Bedürfnis der Kinder nach dieser Art Unterricht gar nicht besteht. Namhafte Pädagogen haben zudem darauf hingewiesen, daß der konfessionelle Unterricht vom rein pädagogischen Standpunkte aus ganz entschieden bekämpft werden muß.

Sie werden nicht leugnen können, daß das Interesse auch der Erwachsenen für kirchliche Dinge heute außerordentlich gering ist. Ich verweise nur auf die Sonntagsartikel der „Vossischen Zeitung". Sie werden daraus feststellen können, daß in jedem Bericht über die sonntäglichen Predigten bemerkt wird, daß der Besuch der Kirchen erstaunlich gering gewesen ist. In diesen Artikeln wird mit vollem Recht auch weiter gesagt, daß Ton und Inhalt absolut nicht dem Bedürfnis der wenigen Kirchenbesucher entspricht, geschweige denn dem Bedürfnis der großen Massen, die überhaupt nicht in die Kirche gehen.

Die Kirche ist ein abgestorbenes Instrument

und alle Versuche, diese halbtoten Gemeinschaften durch staatlich Zuschüsse zu galvanisieren, können daran nichts ändern. Wir müssen entschieden Einspruch dagegen erheben, daß staatliche Mittel immer wieder diesen Religionsgemeinschaften übergeben werden.

Der Kultusminister hat davon gesprochen, daß die heutigen Schulen den Staatsgedanken pflegen müßten. Es ist das eine Anknüpfung an den Gedanken der nationalen Schulen, wie er vor etwa hundert Jahren aufgekommen ist. Damals bedeutete dieses Wort die Zusammenfassung **aller demokratischer Kräfte** im Gegensatz zu den feudalen Oberresten, und es wundert mich, daß die Herren, die für einen gründlichen historischen Unterricht eintreten, diesen wesentlichen historischen Unterricht absolut nicht sehen wollen.

Wenn heute von der Staatsschule oder Nationalschule gesprochen wird dann bedeutet das die Wiederkehr einer Schule deren Geist rückschrittlicher Art ist. Wir sehen in den Anträgen, in denen gefordert wird, insbesondere in den Grenzländern eine nationalistische Beeinflussung durch die Schulen zu pflegen, einen Vorstoß der reaktionären Kreise. Die Begründung, die diesen Anträgen gegeben worden ist, macht es uns unmöglich, ihnen zuzustimmen, so gerne wie wir es auch beispielsweise sehen würden, daß die Theater im Osten und andere kulturelle Einrichtungen nachhaltig unterstützt werden.

Die heutige Schule ist keine Einheitsschule, auch keine nationale Einheitsschule. Sie ist eine ausgesprochene **Klassenschule.** Die Kinder der Arbeiterschaft werden keineswegs in die Lage versetzt, mit vollem Erfolg dem Unterricht beizuwohnen. Die Ernährung der Schulkinder ist schlecht, und in dieser Zeit wo die Preise täglich steigen, wird die Gesamtheit der Kinder immer von neuem bedroht. Wenn während des Krieges und nach dem Kriege über die Blockadepolitik Englands geschimpft worden ist und der schlechte Gesundheitszustand der Kinder allein auf das Konto Englands gesetzt wurde, so sagen wir: **Viel schlimmer als die Blockade Englands gegenüber Deutschland hat gewirkt und wirkt die Wucher- und Steuerpolitik,** die von den bürgerlichen Parteien heute mit Unterstützung der rechtssozialistischen Partei betrieben wird. Das Ministerium muß nach Wegen suchen, um

die Ernährung der Kinder

zu bessern. Die Finanzlage der Gemeinden ist leider so, daß die gewährten Unterstützungen, wie Schulspeisungen, zum größten Teil haben eingestellt werden müssen. Wir müssen darauf dringen, daß diese Anstalten **nicht abgebaut,** sondern **erweitert** werden. Wir verlangen überhaupt in unseren Anträgen, daß dem Gesundheitszustande der Schüler größere Aufmerksamkeit gewidmet und nicht nur durch den Schularzt festgestellt wird, daß der Gesundheitszustand schlecht ist, sondern daß **ernste Maßnahmen zur Besserung des Gesundheitszustandes** der Kinder getroffen werden. Wenn sie sich den Anforderungen von unserer Seite verschließen, dann wird rasch die Zeit kommen, wo die Arbeiterschaft, gezwungen durch ihre Notlage, in ganz anderer Form ihre Bedürfnisse und Forderungen geltend machen wird.

Zum Schluß möchte ich betonen, daß die berechtigten Interessen der Lehrer auf ihre eigene Bildung und Fortbildung noch keineswegs voll befriedigt worden sind. Die Zugeständnisse des Abbaues der Seminare und der Einrichtung von Aufbauschulen genügen nicht sondern wir verlangen übereinstimmend mit dem größten Teil der Lehrerschaft eine volle akademische Ausbildung auch für die Volksschullehrer. Wir verlangen, daß mit der Scheidung zwischen unteren, mittleren und höheren Lehrern aufgeräumt wird, daß alle Kinder die Schulen besuchen und den Stoff sich aneignen können, der ihrer Begabung entspricht. Schließlich haben wir in unserem Antrag den öffentlichen Unterricht gefordert, weil der gegenwärtige Unterricht in vielen Anstalten nur deshalb unbefriedigend ist, weil die öffentliche Kontrolle fehlt. Wir finden, daß die rechtssozialistische Partei, die der Ernennung des Kultusministers Boelitz zugestimmt hat, nicht nur die Verantwortung dafür trifft, daß die Forderungen der Pädagogen nicht erreicht werden, sondern auch dafür, daß es immer unwahrscheinlicher wird, daß sie durchgesetzt werden.

Was nutzt es, wenn einzelne Mitglieder der SPD. schulreformerische Forderungen erheben, wenn nicht die Partei in ihrer Gesamtheit sich wirklich dafür einsetzt? Auch Pädagogen in der rechtssozialistischen Partei können sich nicht der Einsicht verschließen, daß auf dem Umwege über das Kultusministerium Boelitz keine schulreformerischen Forderungen durchgesetzt werden, sondern daß sie nur durch den Einsatz der Arbeiterschaft auf dem Wege über die Arbeiterregierung der Verwirklichung näher gebracht werden können! (Sehr wahr und Bravo bei den Kommunisten.)

Nach einigen weiteren belanglosen Ausführungen des Demokraten Hoff vertagt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr vormittags.

Gasbomben gegen die Neuyorker Arbeiter

Aus **Neuyork** wird gemeldet: Auf Wunsch des Präsidenten Harding hat bekanntlich die Washingtoner Konferenz die Anwendung von Giftgasen im Krieg untersagt. Die Ironie des Schicksals will es aber, daß in denselben Tagen der Stadtrat von Neuyork beschloß, die Neuyorker Polizisten mit Gasbomben und Gasmasken auszurüsten. Die scheinheilige amerikanische Bourgeoisie will zwar die Kriege mit auswärtigen Feinden verodeln, aber für die einheimischen Arbeiter sind die Giftgase der Polizei gerade gut genug.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220221-18/fragment/page=0002

Bezirksausschuß der KPD. Halle-Merseburg

In einer zweitägigen Aussprache nahm der Bezirksausschuß der KPD. von Halle-Merseburg zu allen politischen und wirtschaftlichen Problemen Stellung und erledigte eine Reihe wichtiger Fragen. Einmütig kam die Meinung zum Ausdruck, daß der von der Partei eingeschlagene Weg der einzig richtige sei, der sowohl im Interesse der Partei wie auch der gesamten arbeitenden Bevölkerung liege. Von der Zentrale nahmen an der Sitzung teil die Genossen Dr. Ernst Meier, Wilhelm Koenen und die Genossin Rosi Wolfstein.

Genosse Schumann eröffnete die Sitzung am Sonnabendnachmittag um 5 Uhr. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde das Referat über die wirtschaftliche und politische Lage entgegengenommen. Hierzu sprach

Genosse Dr. Ernst Meyer:

Die Kämpfe der letzten Zeit, besonders auch die große Streikbewegung der Eisenbahner, sind ein Beweis dafür, daß die pessimistische Beurteilung der revolutionären Entwicklung durch die Levi und Friesland jeder Grundlage entbehrt. Die Beamten gerieten nicht nur wegen Besoldungsfragen in Bewegung, sondern weil sie den Raub wesentlicher Revolutionserrungenschaften abwenden wollten. Der Eisenbahnerstreik ist nicht der letzte Ausläufer der revolutionären Bewegung der letzten Jahre, wie die KAG. behauptet, sondern der Beginn einer neuen Bewegung, die infolge neuer Bedrohungen der werktätigen Bevölkerung einsetzt. Erst am Ende der Bewegung haben die Beamten selber eingesehen, daß ihre wirtschaftliche Bewegung von der politischen nicht zu trennen ist.

Genosse Meyer geht dann auf die Taktik der Kommunistischen Partei während des Eisenbahnerstreiks ein. Die Lage unserer Partei war insofern günstig, als die Regierung durch die Obstruktionsrolle und die provozierende Haltung Groeners selbst den politischen Gesichtspunkt in die Bewegung hineintrug. SPD. und USPD. wandten sich gegen den Streik, weil die Erfüllung der Beamtenforderungen den Sturz des Kabinetts Wirth nach sich gezogen hätte, das diese Parteien unter allen Umständen stützen wollen.

Der Verlauf des Streiks hat gezeigt, daß innere und äußere Politik nicht voneinander zu trennen ist. Es ist deshalb Unsinn, wenn die USPD. die äußere Politik Wirths billigt und die innere bekämpfen will. Die Politik des Kabinetts Wirth stimmt allen Forderungen der Entente zu und ist bereit, alle Lasten auf das arbeitende Volk Deutschlands abzuwälzen. Das innerpolitische Programm der Regierung: Heraufsetzung der Eisenbahntarife, Ablehnung der Reichszuschüsse für die Lebensmittel, Neuschaffung von Steuern durch das Steuerkompromiß, kurz die ganze Belastung der werktätigen Schichten, ist ein Teil der auswärtigen Politik der Regierung.

Die Weltkonferenzen, die die Entente einberuft, sollen der kapitalistischen Krise einen Ausweg zeigen. Aber auch Genua wird diesen Ausweg nicht schaffen. Man versucht jetzt, Sowjet-Rußland in die Weltwirtschaft hineinzuziehen, weil die militärische Interventionspolitik gescheitert ist. Die Weltstellung, die Sowjet-Rußland sich erkämpft hat, macht es unmöglich, daß die kapitalistischen Staaten die Anerkennung Rußlands durch seine Herabdrückung zur Kolonie erkaufen können. Bezeichnend ist, daß die Sowjetregierung sogar Verhandlungen mit Frankreich führt, das bisher die stärkste Stütze der Interventionspolitik war und fast alle militärischen Ueberfälle finanziert hat. Die russisch-englischen Verhandlungen zwecks Abschluß eines Handelsvertrages haben noch zu keinem Resultat geführt, ebensowenig mit Deutschland. Die deutsche Regierung hat sich England gegenüber verpflichtet, keine Verträge ohne dessen Zustimmung mit Sowjet-Rußland abzuschließen. **Deutschland wird nur im Rahmen eines internationalen Konsortiums an der Ausbeutung Rußlands mitwirken.** Wenn die Sowjetregierung sich jetzt bemüht, durch Verhandlungen zur Konferenz von Genua Sonderverträge mit einzelnen Staaten abzuschließen und diese Verträge zustandekommen, so bedeutet das die Sprengung der Einkreisungspolitik. Die deutsche Arbeiterschaft muß Vorbedingungen schaffen, um die Weltposition Sowjet-Rußlands zu stärken. An Stelle des Kabinetts Wirth muß eine Regierung treten, die unter Schonung der Arbeiterinteressen eine selbständige Außenpolitik treibt. Die jetzige Politik Rußlands wird beeinflußt durch seine Isolierung als einziger proletarischer Staat. Pflicht der Arbeiterschaft aller übrigen Länder ist es, ihren Kampf zu verstärken, dann wird auch die russische Politik noch mehr zum Siege der Weltrevolution beitragen können.

So kommt man von den verschiedensten Seiten immer wieder auf die Forderung der Arbeiterregierung in Deutschland zurück. Eine Aenderung der jetzigen Steuerpolitik, die durch die Auspowerung der Massen große Streiks und Kämpfe im Gefolge haben muß, ist nur möglich durch eine reine Arbeiterregierung. Soweit dieser Regierung die parlamentarischen Machtverhältnisse entgegenstehen, müssen wir Neuwahlen verlangen. Die Frage Genua führt uns wieder zur Arbeiterregierung in Deutschland, denn nur die Aufgabe der bisherigen auswärtigen Politik und der Anschluß an Rußland könnte die Position Deutschlands auf der Konferenz bessern.

Wir stehen nicht nur vor neuen großen Kämpfen, sondern die Massen sammeln sich immer mehr unter der kommunistischen Fahne. Die Isolierung der KPD. ist durchbrochen. Unsere Versammlungen waren und sind überfüllt. Durch unsere Presse kommen wir an Kreise heran, die uns bisher verschlossen waren. Der linke Flügel in der SPD. ist bedeutend gestärkt und steht in ernsten Auseinandersetzungen mit der SPD.-Bureaukratie. Die Zahl der Abonnenten unserer Presse steigt in allen Orten. Die Neigung, aus den Gewerkschaften auszutreten, ist bei unseren Mitgliedern kaum vorhanden. Viel eher sind die USP.- und SPD.-Mitglieder, erbittert durch die Politik des ADGB., ausgetreten. Die gedrückte Haltung der USPD., besonders bei der Wirthkrise, hat das Vertrauen der Arbeiter zu dieser Partei erschüttert.

Genosse Meyer gibt dann noch einen Ueberblick über die Arbeit unserer Partei an der Bildung der internationalen Einheitsfront und weist darauf hin, daß unsere Partei sich lebhaft für das Zustandekommen einer gemeinsamen Konferenz der Internationalen 2 und 2½ mit der 3. kommunistischen einsetzt. Wir haben durch die Taktik des offenen Briefes großen Erfolg gehabt. Durch diese Aufforderungen der anderen Parteien sieht die Arbeiterschaft, daß die Kommunisten die Interessen des Gesamtproletariats verfolgen, die von der SPD. und USPD. vernachlässigt oder verraten werden. Anschließend an den Kampf um das Reparationsproblem wird das deutsche Proletariat mit den Brüdern im Auslande ein gutes Stück Weges vorankommen, der uns zum Ziele der Arbeiterbewegung führt.

Die Aussprache über dieses Referat dehnte sich bis um die Mitternachtsstunde aus. Die einzelnen Genossen nahmen zu allen politischen Fragen, die in der letzten Zeit aufgetaucht waren, und in der nächsten Zeit noch auftauchen werden, in eingehender Weise Stellung und begrüßten die von der Partei eingeschlagene Linie. Es wurde besonders betont, daß sich heute bereits die KUG.-Leute wieder korrigieren müssen, da die Entwicklung in den letzten Wochen bereits bewiesen habe, daß die revolutionäre Epoche in der deutschen Revolution nicht abgeschlossen sei und daher von einer Konsolidierung des Kapitalismus auch nicht im geringsten die Rede sein könne, sondern daß die deutsche Revolution in eine neue entscheidende Phase bereits eingetreten sei.

In seinem Schlußwort ging Genosse Meyer auf alle während der Diskussion aufgetauchten Fragen ein.

Gegen 12½ Uhr wurde die Sitzung auf Sonntag morgen 9 Uhr vertagt.

Der organisatorische Stand der Partei im Bezirk

Nach Eröffnung der Sitzung am Sonntagvormittag sprach zu diesem Punkt Genosse Schumann. Er führte etwa aus:

Durch den Weißen Schrecken war die Parteiarbeit zum großen Teil lahmgelegt. Die besten Funktionäre erschlagen, verhaftet oder auf der Flucht, der Belagerungszustand, das Verbot unserer Presse und der Mangel an Kräften, diese Faktoren lähmten ganz ungeheuerlich die Parteiarbeit im Bezirke. Kam es doch vor, daß noch im August die Gendarmerie und Schupo versuchte, alle Versammlungsteilnehmer aufzuschreiben. Durch den Wechsel in den Unterbezirken, die durch die andauernden Verhaftungen bedingt waren, konnte ebenfalls keine ersprießliche Arbeit geleistet werden. Wenn bei den Kreistagswahlen in den Mansfelder Kreisen unter dem Belagerungszustand wir von 86 Orten an 27 Orten Versammlungen ansetzen und nur 18 abhalten konnten, und trotzdem mehr Stimmen erhielten als SPD. und USPD. zusammen, so ist das ein Zeichen, daß der kommunistische Gedanke in der Arbeiterschaft bereits tiefe Wurzeln hat. Heute stehen alle Bezirke wieder gefestigt da.

Alle brutale Unterdrückung der Hörsing, Severing, alle Begeiferungen der USPD. und SPD. in unserem Bezirke haben der Partei nicht erschüttern können. Durch die Veröffentlichungen der gesamten Vorgänge über den Märzkampf ist in den Reihen der gesamten Arbeiterschaft volle Klarheit geschaffen worden. Deshalb konnte auch der neue Schlag, der durch die Levigruppe und durch Friesland gegen die Partei geführt worden ist, in unserem Bezirk keine Wirkung haben.

Ein Schmerzenskind war die Presse, die erst vom September an vollständig besetzt werden konnte. Von diesem Zeitpunkte an waren zu der Haltung des „Klassenkampf" keine Beanstandungen mehr. Die Produktivgenossenschaft ist jetzt fertiggestellt worden. Durch die Errichtung der Kopfblätter haben wir unseren politischen Einfluß bedeutend verstärkt. Die „Rote Hilfe" erfreute sich der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei und des Staatsanwaltes, die heute noch ihre Spitzel in die „Rote Hilfe" schicken. Von der „Roten Hilfe" werden immer noch über 800 Familien unterstützt, deren Männer in Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen oder flüchtig sind.

Die Frauen stellen über ein Siebentel unserer Parteimitglieder. Der Internationale Frauentag im März muß zeigen, daß unsere Genossinnen auch zu werben verstehen. Die Jugendbewegung leidet ebenfalls unter dem Kräftemangel; der Geist der Jugend ist sehr gut. Wir müssen der Jugend mehr als bisher unsere Unterstützung gewähren.

Beim Hungerstreik der Lichtenburger Gefangenen mußten wir langsam treten, da die Arbeiterschaft im übrigen Reich nicht mitging. Die kommenden Steuerkämpfe stellen uns vor große Aufgaben; die Partei im Bezirk Halle steht so gefestigt da, daß sie diesen Kämpfen gewachsen ist. Die Haltung während des Eisenbahnerstreiks und die Zustimmung, die wir in allen Kreisen der arbeitnehmenden Bevölkerung gefunden haben, beweist, daß die Kommunistische Partei auf dem richtigen Wege ist.

Genosse Sämisch gab hierauf den Bericht über die finanziellen Verhältnisse im Bezirk. Durch den Hörsing-Feldzug erlitt naturgemäß auch die Kasse einen erheblichen Schlag. Er ist aber mit der Zeit ausgeglichen worden. An Hand von Beispielen zeigte er, daß der Kassenverkehr sich mit den einzelnen Ortsgruppen verhältnismäßig geregelt abspielt. Nur vereinzelte Ortsgruppen können sich noch nicht an die monatliche Abrechnung gewöhnen.

Die Diskussion brachte neben einigen Klagen über den Zeitungsversand während des Eisenbahnerstreiks viele wertvolle Anregungen. Sie zeigte das tiefe politische Interesse, das die Mitglieder an der Gesamtpartei haben. **Die politische Haltung der Bezirksleitung und der Presse wurde einmütig gutgeheißen.**

Die Arbeit in den Gewerkschaften

Genosse Höder stellte in einem längeren Referat die kommenden Betriebsratswahlen in den Vordergrund. Es ist feststehend, daß ein großer Teil der Betriebsräte durch Entgegenkommen der Unternehmer heute korrumpiert ist; daß sie in vielen entscheidenden Situationen sich ebenso wie die Gewerkschaftsführer auf die Seite der Unternehmer stellen. Die Entscheidungen sollen nicht die Betriebsräte, sondern die Vertrauensleute oder die Gesamt-Belegschaft treffen. Bei der Wahl der Betriebsräte müssen wir alles vermeiden, was zur Zersplitterung oder einem Gegeneinanderarbeiten der Arbeiter führen kann. Dem Unternehmer gegenüber darf es nur eine geeinte Arbeiterschaft geben. Die Aufgaben der kommunistischen Betriebsräte gehen über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinaus und wachsen in der Zeit der zunehmenden Wirtschaftskämpfe. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, müssen die Betriebsräte sich sofort zu Fraktionen zusammenschließen, um in den Vollsitzungen eine einheitliche Stellung einnehmen zu können. Die Tätigkeit der Betriebsräte darf nicht in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber erschöpft sein; darin unterscheiden wir uns von der SPD. und USPD. Der Betriebsrat muß vielmehr seine Tätigkeit so einrichten, daß die gesamte Belegschaft an derselben interessiert ist. Der Leipziger Gewerkschaftskongreß ist das wichtigste Ereignis dieses Jahres in der Arbeiterbewegung; hier ist die Gewerkschaftspolitik für die drei nächsten Jahre festgelegt worden. Den Gewerkschaften wird durch den deutsch-russischen Handelsvertrag eine wichtige Rolle auch im Wirtschaftsleben Deutschlands zugewiesen. Wir müssen uns gegen die verschiedenen Arbeitsseiten im Bergbau wehren, da diese die Arbeiter gegeneinander treiben. Der kommende Bergarbeiterkampf muß von uns zur Annäherung der Union und des Bergarbeiter-Verbandes benutzt werden. Wir haben das größte Interesse daran, die Bergarbeiter in einer Organisation zu sammeln. Der „Kommunistische Gewerkschafter" hat an Umsatz bedeutend zugenommen, doch muß jedes Gewerkschaftsmitglied den „Kommunistischen Gewerkschafter" lesen, um über die Vorgänge in den Gewerkschaften orientiert zu sein.

Der jetzt ausgebrochene Mansfelder Bergarbeiterstreik und der kommende Streik in der Braunkohlenindustrie beherrschte die Diskussion. Alle Genossen aus dem Bezirk konnten von großen Erfolgen in den Gewerkschaften berichten. So ist z. B. das Kreiskartell des Mansfelder Landes zum überwiegend großen Teile von Kommunisten besetzt. Die Haltung des ADGB. im Eisenbahnerstreik, das Steuerkompromiß, die Einstellung zur Arbeitslosenversicherung und zur Schlichtungsordnung haben überall unter den Gewerkschaftsgenossen die Erkenntnis aufkommen lassen, daß diese Gewerkschaftspolitik bankrott gemacht hat, daß eine andere Politik eingeschlagen werden muß. Einige Genossen wiesen darauf hin, daß der Bergarbeiterstreik in Mansfeld sehr vorsichtig zu beurteilen sei, da man durch die Gewerkschaftsführer immer wieder getäuscht worden sei.

Wegen der vorgerückten Zeit wurde der Vortrag über die Arbeiten in der Kommune von der Tagesordnung abgesetzt.

Hierauf gab Genosse Kutzschbach einen kurzen Bericht über das für die nächste Zeit in Aussicht genommene Bildungsprogramm. (Die Richtlinien werden wir, sobald sie uns vorliegen, veröffentlichen.)

Unter „Verschiedenes" wurde zunächst die Abtrennung des Bockwitzer Ländchens besprochen. Es wurde ferner auf den Internationalen Frauentag, der vom 5. bis 12. März stattfindet, zu dem die Vorbereitungen jetzt getroffen werden müßten und zum Schluß wurde der Stand der Produktivgenossenschaft behandelt. Gegen 9 Uhr abends wurde die Tagung durch Genossen Schumann geschlossen.

Flugschrift der Kommunischen Internationale Nr. 12. Die proletarische Einheitsfront. Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale. (Moskau, 1. Januar 1922).

Leitsätze über die Einheitsfront. (Einstimmig angenommen von der Exekutive der Kommunistischen Internationale am 28. Dezember 1921). 24 Seiten, Preis 75 Pfg. für Org. 50 Pfg.

Was wird mit Maslow?

Wir wiesen bereits verschiedene Male auf die gesetzwidrige Verhaftung des Genossen Maslow nuß auf die unerhörte Behandlung hin, der er im Untersuchungsgefängnis unterworfen wird. Nachdem man ihn am Tage der letzten Zentralausschußsitzung grundlos und widerrechtlich festgenommen hatte, wurde Genosse Maslow zunächst in das Polizeigefängnis am Alexanderplatz eingeliefert. Die Abteilung Ia und ihre Gehilfen suchten krampfhaft nach einem Grund, um gegen Maslow ein Strafverfahren einleiten zu können. Vergeblich. Trotz eifrigen Suchens, Spürens und Spitzelns gelang es dem vereinten Bemühen der politischen Polizei und der Klassenjustiz nicht, etwas anderes aufzufinden, als die lächerliche Beschuldigung der „Intellektuellen Urkundenfälschung".

Der amtliche Polizeibericht selbst mußte zugeben, daß „gegen Maslow kein Anlaß zur Strafanklage vorliegt und er daher alsbald auf freien Fuß gesetzt werden wird". Das hinderte die Justiz nicht, unsern Genossen seit mehr als drei Wochen in der Zelle festzuhalten. Mehr als das. Eines Tages wurde er aus dem Polizeigefängnis in die Stadtvogtei überführt, wo man ihm die Sprecherlaubnis, die Leserlaubnis, die Besucherlaubnis und die Genehmigung zum Paketempfang entzog. Vergünstigungen, die jedem Untersuchungsgefangenen und jedem Verbrecher freistehen, wurden dem Genossen Maslow als politischen Gefangenen geraubt.

Inzwischen arbeitete die Staatanwaltschaft weiter. Die Photographie Maslows wurde in Dutzenden von Exemplaren an alle Polizeidirektionen und Untersuchungsbehörden und Staatsanwaltschaften ganz Deutschlands geschickt. Man hoffte, auf diese Weise „Material" für eine Verurteilung zu bekommen. Aber auch das half nichts. Die Freilassung Maslows wurde unvermeidlich.

Da kam der Eisenbahnerstreik. Die großen Fortschritte der kommunistischen Bewegung in der letzten Zeit gaben der Regierung offenbar Anlaß zu dem Befehl, alle Kommunisten, deren man habhaft war, nach Möglichkeit im Gefängnis zu behalten. So kam es auffallenderweise unmittelbar nach dem Ende des Streiks dazu, daß der Oberreichsanwalt plötzlich gegen den Genossen Maslow einen neuen Haftbefehl wegen „Beihilfe zum Hochverrat" erließ. Dieser Haftbefehl ist ein rein politischer, nicht einmal mit einem Schein von Recht begründeter Racheakt. Wie sehr das die Leute von der Justiz selbst fühlen, geht daraus hervor, daß sie es nicht wagen, wegen „Hochverrat", sondern nur wegen „Beihilfe" Strafantrag zu erheben. Diese „Beihilfe zum Hochverrat" soll Genosse Maslow durch sein Verhalten während der Märzaktion begangen haben. Eine lächerliche Beschuldigung, deren ganze Sinnlosigkeit daraus hervorgeht, daß das Reichsgericht erst jetzt, drei Wochen nach der Verhaftung Maslows, auf dies zweckdienliche Mittel verfiel. Mit demselben Recht wie gegen Maslow, könnte man gegen die gesamten übrigen 300 000 Mitglieder der KPD. Anklage erheben, wenn die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und die Betätigung als kommunistischer Funktionär dazu genügt, die „Beihilfe zum Hochverrat" zu beweisen.

Unmittelbar nach dem Erlaß des neuen Haftbefehls wurde Genosse Maslow aus der Stadtvogtei in das allbekannte Untersuchungsgefängnis Moabit überführt, wo er ebenfalls, wie wir erfahren, allen möglichen Schikanen ausgesetzt ist.

Wir fordern nach wie vor die unverzügliche Freilassung des Genossen Maslow, und wir sind sicher, daß die Arbeiterschaft diese Forderung mit allem Nachdruck unterstützen wird.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnkämpfe und Abwehrstreiks

Die Fürther Glasarbeiter im Streik

In der am 16. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde mit 1781 gegen 17 Stimmen beschlossen, in den Streik einzutreten. Der Kampf richtet sich hauptsächlich gegen das noch bestehende Stundenlohn- und Akkordsystem.

Vor einem Streik in der hessischen Metallindustrie

Ein Schiedsspruch, der für die hessische Metallindustrie und die handwerksmäßigen Betriebe Geltung haben sollte, ist sowohl von den Arbeitern wie von den Unternehmern abgelehnt worden. In Frankfurt a. Main wurden daraufhin nochmals Verhandlungen eingeleitet. In Mainz, Wiesbaden und Geisenheim haben sich aber die Verhältnisse so zugespitzt, daß mit einem Streik gerechnet werden muß.

Die Kieler Werftarbeiter zum Kampf entschlossen

Die Belegschaft der Germania-Werft nahm in einer außerordentlich stark besuchten Vertrauensmännerversammlung den Bericht über die am 14. Februar in Hamburg stattgefundene Lohnverhandlung entgegen. Das Angebot der Werftbesitzer war ein ganz ungenügendes. Sie erklärten den Arbeitervertretern, mit den schon gezahlten Löhnen über die Verteuerung hinausgegangen zu sein. In einer einstimmig angenommenen Entschließung bezeichnen die Vertrauensmänner der Kieler Seeschiffswerften das Ergebnis der Unterhandlung mit den Arbeitgebern als eine Herausforderung. Die Arbeiterschaft der Kieler Werften ist bereit, den Kampf aufzunehmen.

Die Wahlen im DMV. in Leipzig

Ein kommunistischer Erfolg

Am Freitag fand in Leipzig die Generalversammlung der Ortsverwaltung Leipzig des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Die USP. hatte alles auf die Beine gebracht. Die Versammlung war überfüllt, in den Gängen drängten sich die Mitglieder. Gewählt sind die KPD.-Kollegen: Lieberasch, 2. Bevollmächtigter (1598 Stimmen), Mühlberg (1704 Stimmen), Weißweber (1444 Stimmen), Davides (1498 Stimmen) und Lange (1540 Stimmen).

Von der USP. wurden gewählt:

Teichgräber, 1. Bevollmächtigter (1630 Stimmen), Neite (1756 Stimmen), Hermann (1764 Stimmen), Muschik (1127 Stimmen), Brummer (1578 Stimmen), Brückner (1149 Stimmen), Belzig (1512 Stimmen) und Fischer (1556 Stimmen).

Die Wahl wird wahrscheinlich angefochten werden. Es sind verschiedene Unregelmäßigkeiten bei der Wahl vorgekommen. Die USP. hatte alles versucht, um die Ortsverwaltung ganz zu besetzen, die Kommunisten also beiseite zu schieben. Es ist ihnen nicht gelungen, trotzdem in der Versammlung aufgefordert wurde, die kommunistischen Kandidaten zu streichen. Das Ergebnis ist, wie es vorliegt, ein Erfolg für die KPD.-Fraktion.

Kommunistische Erfolge in den Gewerkschaften

Bei der Wahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Erfurt und der Kartelldelegierten wurden in einer geheimen Abstimmung 457 Stimmen für die kommunistische Liste und nur 157 Stimmen für die USP.-Liste abgegeben. Dieser Erfolg ist die beste Antwort auf die vereinigte Kommunistenhetze der SPD und USP. in den Gewerkschaften.

Ausland

Jugoslawiens Hilfe für die Hungernden in Rußland

Belgrad, 18. Februar. (Intel.) In der gestrigen Sitzung des jugoslawischen Ministerrates wurde beschlossen, neben der Unterstützung der russischen Emigranten, wofür die jugoslawische Regierung sechs Millionen Dinar angewiesen hat, der Nationalversammlung den Vorschlag zu unterbreiten, einen Kredit von 15 Millionen Dinar zum Ankauf von Lebensmitteln und Kleidern für die Hungernden in Rußland zu bewilligen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220221-18/fragment/page=0003

K ☆ P ☆ D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 6 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Dienstag, den 21. Februar, abends 7½ Uhr, im Restaurationssaal des „Volksparks“: **Versammlung sämtlicher Funktionäre von Halle.** Thema: „Die Neuwahlen der Betriebsräte und unsere Aufgaben.“ Referent: Gen. Höcker.

Mittwoch, den 22. Februar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark“: **Gesamtsitzung des Gewerkschaftskartells.** Kein kommunistischer Delegierter darf fehlen.

Donnerstag, den 23. Februar, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“, kl. Sitzungszimmer: **Wichtige Besprechung aller bei Straßenbahn-, Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbetrieben beschäftigten Kommunisten**, die im Transportarbeiter-Verband organisiert sind.

Kommunistische Fabrikarbeiter. Freitag, den 24. Februar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark“ (Kartellzimmer): **Wichtige Besprechung** unserer Genossen dieses Verbandes.

Transportarbeiter-Verband. Montag, den 27. Februar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark“ (Kartellzimmer): **Versammlung** aller Genossen dieses Verbandes.

S. H.-Fraktion. Dienstag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Volkspark“: **Sitzung.**

Freitag, den 24. Februar, abends 7½ Uhr, in der Turnhalle der Huttenschule: **Elternversammlung** der Hutten- und Lutherschule.

Freitag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“: **Frauen-Abend.** Vortrag des Genossen Bechstädt.

Freidenker-Vereinigung. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“: **Lichtbildervortrag** über: „Die Entstehung des Lebens oder das Leben ein chemischer Prozeß“. Eintritt für alle Genossen frei.

Distrikt 11. Donnerstag, den 23. Februar, abends 7½ Uhr, im „Seestern“, Freiimfelderstraße: **Distriktsversammlung.** Referent zur Stelle.

Distrikt 12. Sonnabend, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in Webers Restaurant, Flugplatz: **Distriktsversammlung.**

Distrikte 14 u. 15. Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, bei Köppchen, Unterberg: **Gemeinsame Distriktsversammlung.**

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Unterbezirksleitung. Mittwoch, den 22. Februar, abends pünktlich 7 Uhr, im Bureau: **Sitzung.**

Könnern. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die Not der Mieter.“ Alle Mieter sind hiermit eingeladen, versäume keiner zu kommen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Wolfen. Dienstag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof Weede: **Sitzung sämtlicher Gewerkschaftsfunktionäre der KPD.** Aeußerst wichtige Tagesordnung.

Holzweißig. Dienstag, den 21. Februar, abends ½8 Uhr, im Häserschen Lokale: **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: „Der Eisenbahnerstreik und seine Lehren und die weltpolitische Lage“. Referent: Genosse Sachse.

Holzweißig. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, in Häsers Lokal: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Religion und Schule.“ Ref.: Gen. Lehrer Kukuk, Halle.

Zörbig. Sonnabend, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Religion und Schule.“ Ref.: Gen. Lehrer Kukuk, Halle.

Pratau. Dienstag, den 21. Februar, abends 7½ Uhr, im Gasthaus Gödicke: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Religion, Christentum und Kommunismus. **Referent:** Gen. Grade, Halle.

Reinsdorf. Dienstag, den 21. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Der Steuerraub und Eisenbahnerstreik“. Referent: Genosse Oertel.

Dobien. Mittwoch, den 22. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Der Steuerraub und Eisenbahnerstreik“. Referent: Genosse Oertel (Halle).

Mochau. Donnerstag, den 23. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Der Steuerraub und Eisenbahnerstreik“. Referent: Genosse Oertel.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Mühlberg. Dienstag, den 21. Februar, abends: **Protestversammlung** des Gewerkschaftskartells. Referent: Gen. Holzweißig.

Torgau. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal „Scharfe Ecke“: **Kartellsitzung.**

Richewitz. Mittwoch, 22. Februar: **Mitgliederversammlung.**

Staritz. Mittwoch, 22. Februar, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Steuerraub und Eisenbahnerstreik“. Referent: Genosse Holzweißig.

Unterbezirk Mansfeld.

Burgörner-Hettstedt. Mittwoch, den 22. Februar, abends 7½ Uhr, im Restaurant „Friedrich-Wilhelmsbad“: **Mitgliederversammlung.** Referent: Genosse Lademann.

Hergisdorf. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Wolferode. Freitag, den 24. Februar, abends ½8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Lauchstedt. Sonnabend, den 25. Februar, abends 7½ Uhr, in „Stadt Leipzig“: **Große öffentliche Versammlung.** Thema: „Der geplante Steuerfeldzug auf die Arbeiterschaft“. Referent: Gen. Bernh. Koenen, Merseburg.

Merseburg. Sonnabend, den 25. Februar, abends 7 Uhr, in der „Funkenburg“: **Informationskursus** vom Genossen **Mogel**, Halle. Alle Funktionäre des Unterbezirks sind eingeladen. Anschließend: **Erweiterte Unterbezirksleitung-Sitzung.** Hierzu müssen alle Arbeitsgebietsleiter erscheinen.

Neumark. Mittwoch, den 22. Februar, abends 7½ Uhr, im Gasthof Schumann: **Große öffentliche Gewerkschaftsversammlung.** Thema: Die Lehren des Eisenbahnerstreiks und die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe. Referent: Höcker, Halle.

Kötschen-Beuna. Sonnabend, den 25. Februar, abends 7½ Uhr, im Gasthof „Bahnhof Kötschen“: **Große öffentliche Gewerkschaftsversammlung.** Thema: Die Lehren des Eisenbahnerstreiks und die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe. Referent: Höcker, Halle.

Lodersleben. Donnerstag, den 23. Februar, abends 7 Uhr, im „Weißen Roß“: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Steuerraub und die wirtschaftliche Not des Proletariats“. Referent: Genosse Hirsemann (Halle).

Dürrenberg. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Mennecke: **Diskussionsabend.**

Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Zeitz. Mittwoch, den 22. Februar, abends ½8 Uhr, in Steinerts Restaurant: **Frauenversammlung.**

Unterbezirk Sangerhausen.

Sangerhausen. Dienstag, den 21. Februar, abends 7½ Uhr: **Funktionärsitzung.** Zehnerschaftsführer, Funktionäre sowie sämtliche Mitglieder der Pressekommission und Unterbezirksleitung müssen erscheinen.

Unterbezirkskonferenz. Alle Mitglieder der Unterbezirksleitung, des Bezirksausschusses sowie alle Vorsitzenden und Kassierer des Unterbezirks müssen unbedingt am Sonntag, den 26. Februar, vormittags 9½ Uhr, in Sangerhausen in Hermanns Lokal erscheinen. Fragebogen sowie die noch außenstehenden Abrechnungen müssen mitgebracht werden.

Schoenlank-Kursus. Sonnabend, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in der „Bierhalle“.

Kelbra. Donnerstag, den 23. Februar, abends 7 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Beschlüsse beider städtischer Körperschaften werden vom 20. Februar 1922 an folgende Gebühren für die Benutzung des städtischen Schlachthofes erhoben:

Für das Schlachten von	Benutzungsgebühren	Untersuchungsgebühren
Bullen, Ochsen, Stiere . . .	105 Mk.	15 Mk.
Kühen	75 Mk.	15 Mk.
Jungvieh (b. z. 300 kg Lebendgew.)	35 Mk.	10 Mk.
Kälber, Schafe	20 Mk.	5 Mk.
Ziegen	5 Mk.	5 Mk.
Lämmer, Zickel	2 Mk.	1 Mk.
Pferde	85 Mk.	15 Mk.

Schweine einschließlich Trichinenschau

bis 1 Zentner Lebendgewicht . .	15 Mk.
bis 2 Zentner Lebendgewicht . .	25 Mk.
bis 3 Zentner Lebendgewicht . .	35 Mk.
über 3 Zentner Lebendgewicht . .	45 Mk.

Für Auswärtige, bei Schlachtungen, sowie Schlachtungen außerhalb der Betriebszeit, erhöhen sich die Gebühren um 50%. Für die Untersuchung des von auswärts eingeführten frischen Fleisches bzw. der in der Stadt notgeschlachteten Tiere: Großvieh, ganz 60 Mk., Großvieh, eine Hälfte 30 Mk., Großvieh, ein Viertel 15 Mk., Jungvieh, ganz 20 Mk., Jungvieh, eine Hälfte 10 Mk., Jungvieh, ein Viertel 5 Mk., Kleinvieh, ganz 10 Mk., Kleinvieh, Teile davon 5 Mk., Schweine unter 1 Zentner Schlachtgewicht 10 Mk., Schweine von 1–2 Zentner 20 Mk., Schweine, eine Hälfte 15 Mk., Schweine über 2 Zentner 30 Mk., Leber, Zungen, Filet, einzelne Rücken und Keulen von Kleinvieh 1 Mk. Stallgebühren: Großvieh 1 Mk., Kleinvieh 50 Pf. Füttergebühren: Großvieh 14 Mk., Schafe 8 Mk. Wiegegebühren: Großvieh 2 Mk., Schweine 1 Mk., Kleinvieh 50 Pf., für totes Gewicht bis zu 50 kg 50 Pf., jede weiteren 50 kg 25 Pf. mehr. Kühlhaus-Benutzungsgebühren: Für je Geviertmeter Bodenfläche des Kühlraums 300 Mk. jährlich für Einheimische, 350 Mk. jährlich für Auswärtige, für je Geviertmeter Bodenfläche des Gefrierraums 100 Mk. monatlich, einzelne Haken in diesen Räumen 2 Mk. täglich. Freibankbenutzungsgebühren: Großvieh 30 Mk., Kleinvieh 5 Mk., Schweine 10 Mk. Fleischteile je kg 50 Pf., Lämmer, Zickel, Ferkel 2,50 Mk., Dämpfen von Großvieh 30 Mk., Teile desselben 15 Mk., Kleinvieh 10 Mk., Schweine 15 Mk. Einsalzen oder 21 Tage im Kühl- (Gefrier-)raum aufbewahren: Großvieh 25 Mk., Schweine 10 Mk.

Eisleben, den 16. Februar 1922.

55 **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Gutscheine für verbilligte Milch werden an die bisherigen Gutscheininhaber für die Zeit vom 20. Februar bis zum 19. März 1922 im Wirtschaftsamt, Rathaus, Zimmer Nr. 3, ausgegeben, und zwar:

Dienstag, den 21. Februar, für Kunden der Verkaufsstellen 1, 9 und 11, Mittwoch, den 22. Februar, für Kunden der Verkaufsstellen 2 und 7, Donnerstag, den 23. Februar, für Kunden der Verkaufsstellen 3, 5 und 10, Freitag, den 24. Februar, für Kunden der Verkaufsstellen 4, 6 und 8.

Eisleben, den 17. Februar 1922.

54 **Der Magistrat.**

Vereins-Anzeiger.

Arbeiter Sänger-Chor
Jeden Mittwoch abend 8 Uhr, im „Volkspark“: **Singestunde.**

Frauen- und Mädchenchor.
Jeden Donnerstag abd. 8 Uhr im „Volkspark“: **Singestunde.**

„Die Naturfreunde“
Stadtheim: Weidenplan 20. Zusammenkunft: Donnerstags.

Zentralverb. prol. Freidenker (Ortsgruppe Halle).
Jeden Mittwoch nach dem 15., abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“, Lerchenfeldstraße 14: **Mitgliederversammlung.** Gäste stets willkommen.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle.
Mitgliederversammlungen: Jeden Mittwoch nach dem 1. in der „Produktiv-Genossenschaft“. Jeden Mittwoch nach dem 15. im „Volkspark“. Montags und Donnerstags jeder Woche, abends 5 bis 7 Uhr, im Bureau, Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, 2 Tr., Zimmer 15: **Rechtsauskunft.**

Arb.-Samarit-Kol. Halle
Jeden Freitag abend 8–10 Uhr, in der Martinschule, Charlottenstraße: **Uebungsstunde.** Mitglieder werden noch angenommen.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Uebungsstunde: Jed. Freitag, abends 7 Uhr, in der „Aula“ (Charlottenschule).

Dtsch. Arb.-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Halle.
Jeden Freitagabend 7½ Uhr: Zusammenkunft. Ausk. erteilt: W. Thamm, Zinksgartenstr. 15.

Kommunist. Jugend.
Jugendheim: Rathausstr. 16. (Geöffnet von ½7 Uhr an.)

Halle-Süd:
Dienstag, abends ½8 Uhr, in der Taubenschule: Turnabend. Liederbücher sind mitzubringen.
Mittwoch: Teilnahme an der öffentl. Jugendversammlung i. Reformgymnasium Luisenstraße.
Donnerstag, im Heim: Funktionärsitzung. — ½8 Uhr, in der Taubenschule: Mandolinenübungsstunde.
Freitag, pünktlich ½8 Uhr, in der Torschule (1 Treppe): Literarischer Abend.

Zentrum:
Dienstag, den 21. Februar: Turnabend.

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S., Mitgl. d. Arb.-Turn- u. Sportbds.
Die Schwimmhallen sind vom 23. Februar an wieder geöffnet. — Mittwoch, den 22. Febr., fällt die Uebungsstunde aus.
Donnerstag, den 23. Februar: Von 7–8 Uhr, Jugendabteilung. Von 8–9 Uhr, Männerabteilung.
Freitag, den 24. Februar: Vorstandssitzung.
Montag, den 27. Februar: Mitgliederversammlung in der Produktiv-Genossenschaft.

Werbt für den „Klassenkampf“

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit“.
Versammlungen:
Stern: Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat.
Vorwärts: Freitag aller 14 Tage.
Wanderlust: Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat.

Allg. Arbeiter-Union (Ortsgruppe Halle).
Heute, Mittwoch, abends ½8 Uhr, im „Volkspark“: Funktionärsitzung. — 8 Uhr: Mitgliederversammlung. — Erscheinen aller dringend notwendig.

Arb.-Radfahrer-Bund Solidarität, Ortsgr. Halle
Jeden letzten Freitag im Monat, abends 7½ Uhr, im „Volkspark“: **Versammlung.**

Turn- u. Sport-Verein „Fichte“.
„Volkspark“-Turnhalle“ von 7–9 Uhr:
Dienstags: Leichtathletische Uebungsstunde.
Freitags: Turnstunde.
Mittwochs: Turnerinnen.

Proletar. Kultur-Vereinigung, Halle.
— Lokal: Lüderitz Berg. —
Dienstag: Wanderschar Diskussionsabend 8–10 Uhr.
Dienstag: Kindergruppe 5 bis 7 Uhr.
Donnerstag: Bühne 8–10 Uhr.
Donnerstag: Musik-Abtlg. 8 bis 10 Uhr.

Komm. Kindergruppe
Gruppe „Süd“.
Dienstag, den 21. Februar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark“: Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Wiesner, Berlin.

Sportklub 1909.
Vereinslokal: Jänicke, Steinweg 52
Uebungsstund.: Schülerabtlg. Freitags 6–8 Uhr. Jugendabtlg. Freitags 8–10 Uhr. Männerabtlg. Sonnabends 8 bis 10 Uhr. Versammlungen jeden Dienstag n. d. 1. i. M.

Cröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Cröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8–10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstags und Freitags von 8–10 Uhr.
Kinder-Mandolinen-Abtlg.: Mittwochs von 5–7 Uhr.

Ammendorf.

Arbeiter-Gesangverein.
Singestunden: Frauenchor: Jeden Donnerstag ½8 Uhr. Männerchor: Jeden Dienstag, abends ½8 Uhr, in Teichmanns Hotel.

Merseburg.

Turnverein „Jahn“, Merseburg.
229
Jeden Dienstag u. Freitag: Turnstunde
i. d. Turnhalle (Wilhelmstraße) Schüler und Schülerinnen von 6–8 Uhr, Turnerinnen und Turner von 8–10 Uhr.
Anmeldung werden das. entgegengenommen. **Der Vorstand.**

Merseburg.
Arbeiter-Gesang-Verein „Einigkeit“.
Jeden Mittwoch, abds. 8 Uhr, im Café „Roland“:
Singestunde.
Anmeldungen werden dort entgegengenommen. 228

Funkenburg,
15 **Merseburg.**
Morgen abend:
Gr. Ball.

Zeitz, „Thüringer Hof“
Bismarckstraße 4.
Jeden Mittwoch:
Skattag. 249

Alle Sorten
frisches Fleisch
zu den billigsten Tagespreisen empfiehlt
248
Robert Pennert sen.
Weißenfels,
Kubastr. 4 u. Marktstand.

Genossen, deckt euren Bedarf an
Schreibwaren, Schulbüchern
usw. in der
Volksbuchhandlung.
Merseburg, Markt 7.

Stadt-Theater.
Mittwoch, den 22. Februar, Anfang 7½, Ende 10 Uhr.
Mignon.
Oper von Ambroise Thomas.
Donnerstag: **Undine.**

Operetten-Theater
am Riebeckplatz (Fernruf 6183)
Zum vorletzten Male:
786
Das Hollandweibchen.
Kasse ab ½10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

*73
Asthma
Kranken bringt ungestörte Nachtruhe in den meisten Fällen schon die erste Behandlung nach System Dr. med. E. Olpe gegen Asthma, Bronchialkatarrh und Kehlkopfleiden.
Ambulatorium,
Rathausstr. 8/9.
10–12 2–5 geöffnet.

Gold-, Silber-, Platinbruch,
Alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe
kauft zu hoh. Berliner Preisen. Bitte überzeugen!
Metall-Kontor
A. Abramowitz,
Schmeerstraße 14, I.
— (Kein Laden.) — 82

Transportable eiserne u. Kachel-
Oefen, Kochherde, Gruden, Waschkessel. 110
Christian Glaser,
Gr. Klausstraße 24
Fernruf 6138.

Schülermützen
von 23 Mk. an, 109
gute Verarbeitung.
J. Kaliga, Gr. Klausstraße 35.

Anna Theuring,
Merseburg, Clobicauer Str. 39,
macht kein Sonderangebot, sondern zahlt ständig für:

Papierabfälle	Kilo	1³⁰	**Alt-Eisen**	Kilo	80 Pf. bis 1⁶⁰
Bücher u. Zeitung.	Kilo	2¹⁰	**Alt-Kupfer**	Kilo	30⁰⁰–40⁰⁰
Unsort. Lumpen ohne Pantoffeln, Schuhe und Sackzeug	Kilo	2⁰⁰	**Alt-Rotguß**	Kilo	18⁰⁰–23⁰⁰
			Blei	Kilo	7⁰⁰–10⁰⁰
Knochen	Kilo	80 Pf.	**Zink**	Kilo	6⁰⁰–9⁰⁰

Ferner alle Sorten **Felle, Flaschen, Schafwolle, wollene Strumpfabfälle** usw. zu nur hohen Preisen. 313

Kostenlose Abholung.

Wittenberg.

Lichtspiel-Theater, Mittelstraße.
Das erstklassige Doppelprogramm für Dienstag bis Donnerstag.
Der Mann aus dem Westen.
Spannendes amerikanisches Schauspiel in 5 Akten.
Die sündige Vestalin.
Herrliches Schlagerdrama in 5 Akten mit **Helga Melander.** 138
Anfang 6 Uhr. Nur für Erwachsene.

Die Schnellbesohlanstalt
von **Max Nitze**, Neustraße 20,
liefert wieder, so daß auch darauf gewartet werden kann. **Herren-, Damen- und Kindersohlen und Absätze.** Auch bei mir nicht gekaufte Schuhwaren werden sauber repariert.
110

Hausfrauen!
Kauft nur in den Geschäften, welche im **„Klassenkampf“** inserieren.

Ein- und Verkauf
getrag. Kleidungsstücke, Schuhe, Stiefel usw. 89
A. Simon, Elbstr. 2.

Kinderwagen, Promenadenwagen, Sportwagen,
32 **Leiterwagen**
empfiehlt in großer Auswahl
R. Backhaus.

Rasiermesser und sämtl. Stahlwaren
kaufen Sie am besten beim Fachmann im Spezialgeschäft. Dortselbst werden dieselben **gut geschliffen.** 96
Kurt Schulze, Messerschmiederei und Schleiferei, **Scharrenstr., am Arsenalplatz.**

Werbt für den „Klassenkampf“

PT **Das prächtige Weltstadt-Programm** für Dienstag bis Donnerstag (21. bis 23. Febr.) **PT**

Elvira und Bruno
Todes-Spiele an der Saaldecke
Die Lieblinge des Publikums.

Emil Burg, Humorist. 137

Das Drama im Schlafwagen
Der Film der Sensationen mit **Albertini.**

Die Tänzerin auf dem Tugendpfad
Der neue Lustspielschlager mit **Erika Gläßner.**

Anfang 6 und 8 Uhr. Anfang 6 und 8 Uhr.

Lichtspiele Piesteritz.
Vom Dienstag bis Donnerstag:
Das Indische Grabmal letzter und schönster Teil.
Der Tiger von Eschnapur.
Außerdem: **Das schüchterne Prinzeßchen,** reizendes Lustspiel.
Die Vorführungen beginnen zu diesem außergewöhnlichen Programm wiederum um 6 Uhr. 136

Kleinwittenberg.
Kränze
werden billig angefertigt zu jeder Preislage. Liefere alle Sorten **Blumentöpfe.** 135
Gustav Trübe,
Kleinwittenberg, Wilhelmstr. 63.

Sämtliche
Kommunistische Literatur
zu haben bei
O. Meusel, Juristenstr. 11. Telephon 329.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220221-18/fragment/page=0004
DFG

Aus dem Stadtparlament

Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Kommunalisierung des Bestattungswesens — Millionenverluste durch die Verpachtung der städtischen Güter — Ein unglaubliches Urteil des Hallischen Landgerichts — Das Stadtgut Gimritz braucht nur 28 Mark Pacht für den Morgen zu zahlen! — Der Kommunistenfresser Minner droht mit der Orgesch, wenn die Arbeiter streiken wollen!

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten wurde eingeleitet mit der Einführung der Genossin Gessing (KPD.), die an Stelle des unabhängigen Stadtverordneten Schweikert tritt.

Eine längere Debatte brachte gleich zu Anfang die Vorlage über die

Aenderung der Friedhofsgebührenordnung.

Von der kommunistischen Fraktion war zu dieser Vorlage ein Antrag eingebracht worden, der die **Kommunalisierung des Bestattungswesens** einleiten soll. Er lautet:

I.

In der Stadtgemeinde Halle wird die unentgeltliche einheitliche Leichenbestattung durchgeführt.

II.

Die Stadtgemeinde läßt durch ihre Organe oder auf ihre Kosten alle Handlungen verrichten, die zu einer würdigen Bestattung der verstorbenen Einwohner notwendig sind. Sie beschafft insbesondere die ärztliche Todesurkunde, stellt die Leichenwäscherin, liefert den Sarg und die Totenkleidung, soweit sie nicht vorhanden ist, besorgt den Transport der Leiche, sowie die einfache Herrichtung und Bepflanzung des Grabhügels.

III.

Zur Deckung der Kosten der Leichenbestattung wird eine alljährlich festzusetzende, nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abgestufte Gebühr von denjenigen Einwohnern erhoben, die ein Einkommen von mindestens 40 000 Mk. oder ein Vermögen von mindestens 100 000 Mk. versteuern.

Genosse Günther begründete in ausführlicher Weise diesen Antrag. Er wies darauf hin, daß die Gründe, die für diesen Antrag sprechen, nicht weit herzuholen seien. Bei der arbeitenden Bevölkerung seien durch die fortwährend steigende Teuerung die Grundlagen der Lebensformen völlig zerrüttet. Nirgends seien die Lebensmöglichkeiten mehr vorhanden, um noch als Mensch leben zu können. Käme in einer Familie noch ein Todesfall hinzu, so müßten diese Familien große Schulden machen; denn auch das Sterben halte mit der wahnwitzigen Preissteigerung Schritt. Wenn durch die Machtverhältnisse die Klassenunterschiede im Leben noch aufrechterhalten werden könnten, so müßten sie mindestens bei den Toten fallen. Der von der kommunistischen Fraktion eingebrachte Antrag beseitige zuerst einmal diese widernatürlichen Unterschiede und im weiteren nehme er der arbeitenden Bevölkerung manche schwere Sorge. — Dem unabhängigen Stadtverordneten Albrecht ging der Antrag noch nicht weit genug. Er wünschte, daß auch die Feuerbestattung mit in diesen Antrag einbezogen werden soll. — Der mehrheitssozialistische Grauenhorst trat für eine Staffelung der Gebühren ein, erklärte sich aber bereit, für den kommunistischen Antrag zu stimmen. — Die Abstimmung ergab die Ablehnung des kommunistischen Antrages mit 33 bürgerlichen gegen 30 sozialistisch-kommunistische Stimmen. Der rechtssozialistische Staffelungsantrag wurde ebenfalls gegen die Stimmen der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Die Magistratsvorlage wurde angenommen.

Die Ratlosigkeit der bürgerlichen Gesellschaft über das Wohnungselend.

Das Wohnungselend hat den kapitalistischen Staat in arge Schwierigkeiten gebracht. Auf diesem Gebiete ist alles so zerfahren, daß alle Versuche an ihrer Unvollständigkeit scheitern müssen. Auch Versuche, die jetzt von der Industrie mit Gründung einer Kleinwohnungsbau-Halle-Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark und einem Zuwendungskonto von 30 Millionen Mark gemacht werden sollen, werden mit dem Bau von etwa 500 Wohnungen bei 11 000 Wohnungssuchenden und 4000 als dringlich anerkannten Gesuchen die Wohnungsnot nicht beheben können. Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Man wird bei dem ungeheuren Wohnungsmangel von den 500 Wohnungen, wenn sie tatsächlich gebaut werden, von einer Abnahme der Wohnungsnot kaum etwas spüren. Wir haben bereits in früheren Artikeln das Wohnungselend genügend behandelt und auch die Wege gewiesen, die das Elend überwinden können. Solange diese Wege nicht eingeschlagen werden, sehen wir auch keine Möglichkeit, daß dieses Problem gelöst werden kann. Genosse Mendorf wies denn auch ganz richtig darauf hin, daß nur ein radikales Zugreifen **die Kommunalisierung des gesamten Wohnungswesens und die Sozialisierung des gesamten Bauwesens** die Wohnungsnot beseitigen könne. Er betonte, daß alle Maßnahmen der Kommunen an der Ausdehnung des Wohnungselends scheitern müßten. **Die Vorschläge des Magistrats seien völlig ungenügend.** Eine moralische Pflicht der industriellen und Handelskreise sei es, nachdem sie durch die Fabrikation von Munition während des Millionenmordens ungeheure Gewinne erzielt hätten und heute noch 30, 50 und 60 Prozent Dividende verteilen könnten, für Wohnungen zu sorgen. Statt dessen aber würden Gesetzentwürfe geschaffen, wonach die Mieter selbst durch erhöhte Ausplünderung, durch Reichsmietengesetz, durch Reparaturparagraphen usw. die Gelder zum Bauen von Wohnungen aufbringen sollen. Die arbeitende Bevölkerung habe die Provokationen der besitzenden Klasse satt, die mit Luxusautos durch die Straßen jagen, alle Annehmlichkeiten des Lebens hat, luxuriöse Einrichtungen und Paläste besitzt. Sie läßt sich nicht weiter verhöhnen. Die Erbitterung in den proletarischen Kreisen ist ungeheuer. — Der unabhängige Stadtverordnete Kürbs hielt diese Vorlage ebenfalls für völlig ungenügend und betonte, daß in erster Linie die herangezogen werden müßten, die von dem Wohnungselend nichts spürten und die auswärtigen Unternehmer, die tausende von Hallischen Arbeitern beschäftigen. Den Bankkreisen, die weiter unverheiratete Angestellte von auswärts nach hier holten und bei der Suche nach Wohnungen mit allen Mitteln vorgingen, müßte das Handwerk gelegt werden. — Der Magistratsvorlage stimmten dann alle Parteien zu.

Die Erhöhung des Marktstandgeldes brachte ebenfalls eine lebhafte Debatte, in die zeitweise auch die Tribüne mit stürmischen Zwischenrufen eingriff. Von unseren Genossen wurde diese Erhöhung mit einer kurzen Begründung durch Genossen Brömme abgelehnt. Ein Antrag auf Zurückverweisung fand keine Mehrheit, dagegen wurde der Magistratsantrag mit den bürgerlichen Stimmen angenommen.

Richtergeschenk an einen Großagrarier

Die Weltfremdheit der Richter des Klassenstaates für soziale Notwendigkeiten und ihre Neigung, den Wucher der Großagrarier zu schützen, anstatt ihn zu verurteilen, wurde offenbar bei dem Berichte des Stadtverordneten Herzfeld über eine Pachteinigungsverhandlung der Stadt mit dem Oberamtmann Görg. Vor dem Kriege wurde ihm das Gut Gimritz auf eine längere Dauer zum Preis von 26 Mk. pro Morgen verpachtet. Als nach dem Kriege mit den steigenden Lebensmittelpreisen die Pachtsätze für Land allgemein in die Höhe gingen und die Pachtschutzordnung eine Handhabe bot zur Erhöhung auch vertraglich festgelegter Pachtsätze, verlangte die Stadt Halle eine Verdoppelung der Zahlung, wie für die übrigen Pächter städtischen Geländes. Herr Görg weigerte sich, mehr zu bezahlen. Er bestand wie Shylock auf seinem Schein. Er wollte die Millionengewinne, die ihm aus den Wucherpreisen für die Produkte zuflossen, ganz für sich behalten. So wurde das Pachteinigungsamt angerufen, das entschied: die Stadt kann die Pachtsumme um 75 Prozent des bisherigen Satzes erhöhen. Herr Görg bekam darauf einen Schlaganfall, als er sich aber davon erholt hatte, weigerte er die Anerkennung des ergangenen Urteils. So kam die Sache vor die Zivilkammer des Landgerichts und die entschied, **daß Herr Görg auch zukünftig nur den vor dem Kriege festgesetzten Pachtpreis zu zahlen habe!** Der Großagrarier wird also nun dank des unglaublich welt- und zeitfremden Urteils der Richter am Landgericht die Millionen ungeschmälert weiter schlucken können und bis zum Ende der Pachtzeit bestimmt zum Millionär werden. Heute beinahe noch früher als sonst. Denn das Gericht hat sogar noch entschieden, daß die vertraglich vor dem Kriege festgesetzte Gesamtpachtsumme um den Betrag für einen Plan herabgesetzt wird, den die Stadt vor kurzem vertragsgemäß aus der Pacht gezogen hat, weil sie ihn zur Bebauung benötigte.

Die Empörung über dieses unerhörte, die Stadt zugunsten eines Großagrariers schwer schädigende Urteil kam auch in der Debatte zum Ausdruck.

Der unabhängige Stadtverordnete Kürbs bespöttelte in zynischer Weise die Zivilrichter, die ihren Kollegen von der Strafjustiz in der Ausübung ihres Amtes als Klassenrichter nicht nachstehen. — Genosse Günther kam der bürgerlichen Ratlosigkeit, die sich darin ausdrückte, daß die Rechte diesem Urteil „sprachlos vis-a-vis stand" zu Hilfe und wies darauf hin, daß sie bereits vor Jahren Anträge über Anträge eingebracht hätten, die solche Verhältnisse verhütet hätten. Dieses Millionengeschenk an einen arbeiterfeindlichen Großagrarier und die ungeheuerlichen Verluste, die die Stadt durch das Urteil des Hallischen Landgerichts habe, werde auch die bürgerlichen Kommunalisierungsgegner doch davon überzeugen müssen, daß die Stadt weit besser gefahren wäre, wenn die städtischen Güter von der Stadt bewirtschaftet worden waren. Auch die glänzenden Erfolge mit dem Flugplatze müßten in diesem Zusammenhange erwähnt werden. — Genosse Brömme rechnete aus, daß Halle durch die Verpachtung seiner Güter mindestens einen Verlust von über vier Millionen Mark habe, wenn man den Reinertrag des Bitterfelder Stadtgutes zugrunde lege, das aber viel ungünstigere Bodenverhältnisse aufweise als die Hallischen Güter. Bitterfeld habe im Jahre 1920 530 Mk. Reinertrag auf den Morgen Land erzielt. Halle mit seinen 5596 Morgen würde bei einer etwa 20prozentigen Mehrausbeutung durch die besseren Bodenverhältnisse mindestens vier Millionen Mark Reinertrag herauswirtschaften, statt dessen bekomme sie nur 114 091 Mark an Pacht. — Trotz dieses ungeheuerlichen Verlustes der Stadt durch die frühere bürgerliche Dreiklassengemeindepolitik, die von der heutigen Klassenjustiz noch besonders bestätigt wird, verharrte Herr Minner bei seinem kindlichen Eigensinn und betonte, daß sie, **solange sie die Mehrzahl im Stadtparlament hätten, auch ihre Pläne zur Durchführung bringen würden.**

Sicherstellung der Lebensmittel- und Kohlenversorgung.

Zum Schluß wurde der kommunistische Antrag (der von den beiden sozialistischen Parteien unterstützt worden war), der die Einsetzung einer Kontrollkommission zur Sicherstellung von Lebensmitteln für die Bevölkerung bei wirtschaftlichen Kämpfen forderte, behandelt. Gen. Günther begründete den Antrag und wies darauf hin, daß der Antrag nicht gegenstandslos geworden sei, da durch die andauernde Teuerung mit großen wirtschaftlichen Kämpfen zu rechnen sei. **Die Arbeiterschaft würde durch die ungeheuerliche Ausplünderung gezwungen, die gerade jetzt von neuem einsetze, für das Stückchen Brot den Kampf aufzunehmen. Seit Wochen schon gebe es keine Kartoffeln in der Stadt.** Die Frauen wüßten nicht mehr, wie sie die Männer und die Kinder satt kriegen sollen. Das Brot sei ebenfalls jetzt ganz ungeheuerlich in die Höhe gegangen. Auf allen Gebieten der Lebenshaltung gehe alles sprunghaft in die Höhe. Diese Ausplünderung könne sich die Arbeiterschaft nicht mehr gefallen lassen. Alle Zeichen deuteten darauf hin, daß wir entscheidenden Ereignissen entgegengingen. — Bürgermeister Seydel lehnte diese Kommission ab, da er in der bestehenden Preisprüfungsstelle und in der Wucherstelle genügend Garantie für die Sicherstellung von Lebensmitteln und für die Bekämpfung des Wuchers sieht. — Auch die Bürgerlichen lehnten die Kommission ab, da, wie deren Vertreter mitteilte, die Stadt mit Lebensmitteln auf viele Wochen eingedeckt sei. (Zurufe der Kommunisten: Wo sind denn die Kartoffeln?) Durch diese Zurufe wurden sie verlegen und schwiegen. — Herr Splett von den Christlichen war ganz empört darüber, daß die hungernden Arbeiter ihr Recht auf das Leben geltend machen, und von den Schiebern verlangen, daß sie entsprechend der Teuerung entlohnt werden wollen. — Und Herr Minner von den Demokraten **drohte mit der Orgesch. Das Bürgertum sei auf dem Plan, wenn die Arbeiter um ein Stückchen Brot kämpfen wollten.** — Der von den Sozialdemokraten abgeänderte Antrag wurde abgelehnt.

Halle und Saalkreis

Halle, den 21. Februar 1922

Polizeidirektor Dölz

und die monarchistischen Schupooffiziere

Was wir vor kurzem in unserem Artikel „Dölz gegen Weider" ausführten — daß der sozialdemokratische Polizeidirektor von Halle mit der monarchistischen Offizierskamarilla in der Schutzpolizei in schwerem, für ihn hoffnungslosem Kampfe liegt — ist jetzt durch eine Begebenheit bestätigt worden, von der die Zeitungen berichten.

Am 15. Februar fand in der Saalschloßbrauerei eine Festlichkeit der berittenen Hundertschaft der Schupo statt, zu der sich nicht nur eine Reihe von Offizieren, sondern auch der Polizeidirektor Dölz einfanden. Er erschien zwar sehr spät — nach der Halleschen Zeitung gegen 2 Uhr morgens — aber doch noch zeitig genug, um zu hören, daß die Musikkapelle „Heil dir im Siegerkranz" spielte. Er hat dann nach dem Veranlasser dieser monarchistischen Huldigung geforscht und erfahren, daß es der Leutnant Hartwig und der Major Gaertner von der Schutzpolizei Halle waren.

Gegen diese beiden soll er — nach den rechtsstehenden bürgerlichen Blättern — in fürchterlich erregter Stimmung eine Attacke ausgeführt haben, ungefähr so, wie das Herrn Dölzens grüne Polizei in der Regel zu tun pflegt gegen demonstrierende oder von Demonstrationen kommende Arbeiter.

Ob solche schrecklichen Worte oder so furchtbare Drohungen von Dölz gegen die Offiziere ausgestoßen worden sind, wie sie von der „Halleschen Zeitung" in der Sonntagnummer veröffentlicht wurden, erscheint gleichgültig. Ebensowenig liegt für uns Veranlassung vor, nachzuprüfen, ob der Hallische Polizeidirektor zu seinem in so später Stunde betätigten Mut durch die Wirkung von Flüssigkeiten gelangte, die im Restaurant verabreicht zu werden pflegen. Uns läßt auch die in großer Schrift gedruckte, mit Riesenlettern überschriebene Entrüstung auf der ersten Seite des deutschnationalen Organs über Dölz kühl. Aber der Vorgang beweist, doch, wie recht wir hatten mit unserer wiederholten Warnung an die Organe der Republik vor der monarchistischen Hetz- und Wühlarbeit der ehemaligen wilhelminischen Offiziere in der Schutzpolizei, die namentlich in Halle in höchster Blüte steht und die von den Offizieren so ungeniert betrieben wurde, daß die wirklich republikanisch gesinnten Polizeimannschaften ins Staunen gerieten, weil nicht das mindeste von den vorgesetzten Behörden dagegen unternommen worden ist.

Daß die Monarchisten und Militaristen so dreist auftreten können und daß weder Dölz, noch Hörsing, noch Severing zu ihrer Kaltstellung schreiten, hat seinen Grund einzig und allein in der offenkundigen Schwäche dieser sogenannten sozialistischen Verwaltungs- und Regierungsorgane. Severing als preußischer Polizeiminister, der für diese Dinge letzten Endes verantwortlich gemacht werden muß, muß immer wieder fühlen, daß ihn die monarchistischen Militaristen im März 1921 vor dem Sturz bewahrt haben, indem sie mit ihrer Soldateska die in Erwiderung und Abwehr der Hörsingprovokation kämpfenden Arbeiter Mansfelds blutig niederschlugen. Solche Henkersarbeit können Sozialdemokraten von Monarchisten nicht ohne Gegenleistung und ohne Preisgabe jeder politischen Achtung fordern. Und so ist es nur zu erklärlich, daß jetzt die antirepublikanischen Offiziere der Republik den republikanischen Organen frecher als sonst auf der Nase herumtanzen und nicht davor zurückschrecken — wie das in Halle mit Dölz seit langem geschieht — ihren sozialdemokratischen Vorgesetzten durch ihn unterstellte Organe und mit Hilfe des Apparates der Staatspolizei bespitzeln zu lassen.

Viel zu lange haben auch die regierenden Sozialdemokraten mit der entschlossenen Bekämpfung der monarchistischen Wühlarbeit der Offiziere gezögert und wie heute die Kräfte verteilt sind, ist kaum daran zu denken, daß das Notwendige noch geschehen wird. Und was Herrn Dölz anbetrifft, so muß er, wenn er sich seiner Widersacher im reaktionären Lager erwehren wollte, wirklich der Herkules auch im Amt sein, als den ihn die „Hallische Zeitung" hinstellt der Schilderung des Angriffes auf den Major Gaertner. Das ist er nach unserer Ueberzeugung aber nicht.

Jetzt ist freilich um eine Entscheidung zwischen Dölz und seinen monarchistischen Offizieren, zwischen dem sozialdemokratischen Polizeidirektor von Halle und dem deutschnationalen Regierungspräsidenten von Gersdorff-Merseburg (der die monarchistischen Polizeioffiziere hält und deckt) kaum noch vorbeizukommen. Herr Dölz wäre erledigt, würde er jetzt nicht ernsthaft wider seine monarchistischen Gegner vorgehen. Ein Herumdrücken um die Entscheidung würde die Lage des Hallischen Polizeidirektors noch unmöglicher gestalten als sie heute schon ist.

Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Metallarbeiter

Ultimatum bis zum Donnerstag.

Eine imposante Versammlung oder richtiger eine Massenkundgebung der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes fand am Montagabend im großen Saale des „Volksparkes" statt. Kopf an Kopf standen die Massen zusammengedrängt, um den Bericht über die seit Wochen geführten Verhandlungen über Lohntafel und Rahmentarif entgegen zu nehmen. Der Bevollmächtigte, Kollege Fröbel, erstattete den Bericht über die bisher geführten Verhandlungen und erläuterte die durch den Schiedsspruch gemachten Zugeständnisse. Daraus geht hervor, daß der Mindestlohn für Facharbeiter über 24 Jahre nur 10 Mark betragen soll. Zu diesem Mindestlohn sollen noch sogenannte Wertigkeitszulagen bis 1,50 Mark die Stunde im Höchstfalle und darauf eine Teuerungszulage von 1,50 Mark die Stunde kommen. Außerdem soll wöchentlich eine Brotzulage von 5 Mark für die Ledigen, für die Verheirateten und für jedes Familienmitglied gewährt werden mit der Beschränkung, daß Kinder nur bis zum 14. Lebensjahre in Betracht kommen.

Die Debatte war sehr lebhaft. Alle Redner waren der Ansicht, **daß die Zugeständnisse, die der Schiedsspruch bringt, nicht genügend sind.** Ein Meer von Händen erhob sich, als zur Abstimmung geschritten wurde. **Einstimmig wurde der Schiedsspruch abgelehnt.**

Es wurde ein Antrag angenommen, daß nochmals versucht werden soll, durch den Schlichtungsausschuß oder durch freie Vereinbarung den gestellten Forderungen näher zu kommen und zu verlangen, daß durch sofortige Verhandlungen einheitliche und höhere Mindestlöhne, ferner Fortfall der sozialen Zulagen und, wenn schon Teuerungszulagen gegeben werden, dann sollen dieselben einheitlich und nicht prozentual erfolgen.

Sollte bis Donnerstag, den 23. Februar, eine befriedigende Lösung nicht gefunden sein, so ist die Arbeit an den nächsten Tagen einzustellen.

Die Arbeitgeber haben es nunmehr in der Hand, durch weiteres Entgegenkommen die Störung des wirtschaftlichen Friedens zu vermeiden. Wenn nicht, dann werden die Hallischen Metallarbeiter geschlossen den Kampf zu führen wissen.

*

Wie uns noch mitgeteilt wird, haben auch die in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Holzarbeiter den Schiedsspruch gestern abend einstimmig abgelehnt.

* **Arbeiterkinder!** Meldet Euch morgen (Mittwoch) nachmittag, um 5 Uhr, zahlreich im „Volkspark", wo die erste Gesangsprobe für eine Veranstaltung, an der auch unsere große Künstlerin Berend-Groa teilnehmen wird, zugunsten der Hungernden in Rußland, stattfindet. Es werden über 200 Kinder gebraucht.

* **Die Entstehung des Lebens.** Am Mittwoch, dem 22. Februar, abends 8 Uhr, veranstaltet die hiesige Ortsgruppe proletarischer Freidenker im großen Zimmer der Produktiv-Genossenschaft einen großen Lichtbildervortrag (etwa 70 Lichtbilder). Das Thema lautet: „Die Entstehung des Lebens" (Das Leben ein chemischer Prozeß). Der Eintritt ist frei. In dieser Versammlung wird auch über unsere diesjährige Jugendweihe, die am Sonntag, dem 2. April, vormittags 10 Uhr, stattfindet, gesprochen.

Letzte Nachricht

Einigungsverhandlungen in Mansfeld?

Halle a. S., 21. Februar. Die Streiklage in Mansfeld ist unverändert. Die Mansfelder Syndikat A.-G. ist an den Reichsarbeitsminister herangetreten. Das Ministerium hat daraufhin die Organisationen für heute nachmittag nach dem hiesigen Oberbergamt zu Einigungsverhandlungen geladen und die Parteien gebeten, auch Beisitzer für einen eventuell in Aktion tretenden Schlichtungsausschuß zu wählen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Kroh, Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220221-18/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Der Kampf in der Schupo

Ein bezeichnender Brief

Torgau, den 9. 12. 1921.

Herr Minister Severing!

In der größten Not im Stich gelassen von allen bis jetzt um Unterstützung gebetenen Dienststellen, bin ich gezwungen, mich persönlich an den Herrn Minister zu wenden und auf die herrschenden Mißstände in Torgau hinzuweisen.

Im Januar und Februar d. J. wurde die 1. Polizei-Hundertschaft in Burg aufgestellt. Sie bestand und besteht heute noch aus überzeugten Republikanern. **Unter einem vollkommen rechts gerichteten, unfähigen Führer, der inzwischen der Nervenheilanstalt zugeführt ist, wurde die Hundertschaft in den Kämpfen in Mitteldeutschland zur Wiederherstellung der Ordnung versandt. Schon damals versuchte dieser Offizier mit der Schutzpolizei und Zeitfreiwilligen — alles ehemalige Offiziere — zu experimentieren und zersetzend auf die Hundertschaft einzuwirken.** Dieses scheiterte an der Wachsamkeit einiger Beamten. Nach Rückkehr in den Standort kam die Hundertschaft unter dauerndem Wechsel in die Hände eines republikanischen Offiziers, des Oberleutnants Grotkop. Während alle anderen Führer sich mehr oder weniger nicht um die Hundertschaft kümmerten, verstand es Oberleutnant Grotkop, die Hundertschaft vollkommen im republikanischen Sinne auszubilden und aus ihr eine Stütze der Republik zu machen. Das will die Hundertschaft auch heute noch sein. Aber auch dieser Führer wurde uns wieder genommen, die Hundertschaft schrie nach einem Führer. Da richtete der Beamten-Ausschuß ein Gesuch um Belassung des Oberleutnants Grotkop auf dem Dienstwege an den Herrn Oberpräsidenten. **Dieses Gesuch ist aber nicht nach dorthin gelangt, nur weil die Hundertschaft und Oberleutnant Grotkop als aufrichtige Republikaner in Merseburg bei der Regierung bekannt waren.**

Hauptmann Sauer übernahm die Hundertschaft. Am zweiten Tage führte er sich schon recht unliebsam in der Hundertschaft ein. Als wir gemäß AWD. waffenpolizeilichen Dienst — der für den Hauptmann Sauer dasselbe war wie die rekrutenmäßige Ausbildung nach der alten Exerzittervorschrift — übten, führte er sich mit folgenden Worten ein:

„Mit konstanter Bosheit werde ich die Durchführung der AWD. erzwingen!" Das meinte er natürlich in seinem Sinne, der in einem Kontrast zum Exerziererlaß des Herrn Ministers des Innern steht. **Nerven- und geisttötender Drill sollte uns zur Reichswehr Nummer 2 machen. Aus denkenden Polizeibeamten sollte eine auf Kommando reagierende Maschine gemacht werden.** Dem widersetzte sich die Hundertschaft mit aller Gewalt. Eine starke Stütze fand Hauptmann Sauer in dem Kommandeur Major von Beroldingen. **Beide gehören dem „Stahlhelm" an.** Da sich nicht charakterfeste Offiziere, wurden sie bald von dem hinzukommenden Major Thebes, der insofern gefährlich war, als er vorgab, sich auf den Beamtenstandpunkt zu stellen und tüchtige Polizeiorgane aus uns zu machen, **in Wirklichkeit aber viel reaktionärer war als die bisherigen Militaristen.** In dieses Kommando wurde die Politik des Majors von Beroldingen getragen. Ein williges Instrument war dazu der Hauptmann Sauer, der sagte: **„Ich bin Soldat und werde meine Kerls danach drillen,** den Krieg hat nur der aktive Offizier gewonnen," und **hielt eine Lobrede auf den preußisch-deutschen Militarismus,** und diesen Standpunkt würde er auch immer vertreten. Der Beamten-Ausschuß war für Hauptmann Sauer ebenso wie für das Kommando eine Null. Nicht ein einziges Mal wurde der Beamten-Ausschuß in drei Vierteljahren zu einer Besprechung hinzugezogen. Alle Rechte, die uns durch die Verfassung zugesichert sind, wurden abgetan mit einem Appell an die Gewalt: Ich bin der Hundertschaftsführer, oder: Es ist Befehl.

Die Beamten drängten den Beamten-Ausschuß zur Abstellung aller dieser Mißstände und dieser suchte deshalb die Regierung in Merseburg auf. Der Empfang war durch Oberleutnant Rattliff ein derartiger, daß wir, wenn es nicht im Interesse der Hundertschaft gelegen hätte, sofort wieder Kehrt gemacht hätten.

Er brüllte uns an,

wogegen ein Kasernenhofton noch höflich zu nennen ist. Eine Äußerung von ihm: „Ich werde jetzt rübergehen, aber alles tun, damit Sie nicht empfangen werden!" Herr Oberwachtmeister Langer verstieg sich sogar soweit, er sei letzten Endes doch nur maßgebender Richter und alles würde zu Ungunsten der Hundertschaft ausfallen.

Herr Hauptmann Sauer wurde plötzlich abkommandiert und die Regierung schickte Herrn Hauptmann Voß zur Sondierung nach Torgau. Mit dem dienstlich nichts oder nur sehr wenig der Hundertschaft anhaben kann, **versuchte jetzt das Kommando mit jeden sich bietenden Mitteln, ob legal oder illegal, den Beamten-Ausschuß aus dem Wege zu räumen, und so der Hundertschaft das Rückgrat zu brechen.**

Ich bitte Euer Exzellenz uns doch aus Berlin oder aus der engeren Umgebung des Herrn Oberpräsidenten aus Magdeburg, weil wir zu der Regierung Merseburg kein Zutrauen **mehr haben,** einen Vertreter zu senden, dem wir rückhaltlos unser Vertrauen schenken können, da wir dienstlich mit den Vorgesetzten nicht politisch reden können. **Alle Unterlagen für die kleinen Schikanen liegen auf politischem Gebiete,** was von der Dienststelle nicht zugegeben wird.

Eine rasche, wohlwollende Abstellung der herrschenden Uebelstände liegt in der Hand des Ministers und im Interesse der Republik.

Es zeichnet gehorsamst

(Unterschrift.)
Polizei-Oberwachtmeister.

Das Ergebnis der Lohnverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Ueber die Lohnverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hatten wir am letzten Donnerstag eine WTB.-Meldung abgedruckt, wonach folgende Vereinbarungen getroffen worden sind: Männliche Arbeiter über 18 Jahre in den Kernrevieren erhalten 20 Mark Lohnzuschlag je Schicht, in den Randrevieren 18,50 Mark, Arbeiter unter 18 Jahren und Arbeiterinnen erhalten 6 bzw. 5,10 Mark Lohnzuschlag.

Diese Notiz des WTB. soll nach einer Zuschrift des Deutschen Braunkohlen-Industrievereins nicht den Tatsachen entsprechen. In dieser Zuschrift heißt es:

„Nachdem in gemeinsamen, für den gesamten Kohlenbergbau am 28. Januar geführten Lohnverhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die grundsätzliche Vereinbarung einer Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 Mk. je Kopf und Schicht der Belegschaft erzielt war, war die Frage der Verteilung eines Durchschnittslohnes auf die einzelnen Gruppen der Lohnliste noch offen geblieben. In einer vom Reichsarbeitsministerium angesetzten Einigungsverhandlung, die am 14. Februar in Halle stattfand, wurde über diese Verteilung eine Vereinbarung getroffen, die im wesentlichen folgendes besagt: Ab 1. Februar 1922 erhalten die männlichen Arbeiter über 18 Jahre einen Lohnzuschlag in den Kernrevieren von 10 Mark, in den Randrevieren von 8,50 Mark, die Arbeiter unter 18 Jahren und Arbeiterinnen in den Kernrevieren einen solchen von 6 Mark, in den Randrevieren von 5,10 Mark. Bis zur Neufestsetzung der Gedinge auf Grund der neuen Schichtlohnsätze erhalten die Gedingearbeiter eine feste Lohnzulage von 11 bzw. 9,35 Mark je Schicht. Die Lehrlingsbezüge sind einheitlich um 25 Mark je Woche erhöht. Gleichzeitig wurde eine Nachprüfung der von Arbeitgeberseite vorgelegten Berechnungsgrundlagen vereinbart."

Also nicht 20 resp. 18,50 Mk. Lohnzuschlag gibt es für die männlichen Arbeiter über 21 Jahre, sondern nur etwa die Hälfte: 10 Mk. resp. 8,50 Mk. Wir müssen gestehen, daß das Ergebnis ein sehr mageres ist, und wundern uns durchaus nicht, wenn die Bergarbeiter damit nicht zufrieden sind.

Freigabe von Verbrauchszucker

In den „Mitteilungen der Bezirkspreisprüfungsstellen" Magdeburg, Merseburg, Erfurt" steht folgende Notiz: Von der Zuckerwirtschaftsstelle sind noch annähernd acht Millionen Zentner Verbrauchszucker zur Lieferung für die Monate März, April, Mai, Juni freigegeben worden. Der Preis wurde auf 650 Mk. für den Zentner (bisher 500 Mk.) ohne Sack frei Magdeburg festgesetzt. Darin ist die Erhöhung der Versteuerungsabgabe noch nicht enthalten. Der Kleinhandelspreis dürfte sich unter Berücksichtigung der Erhöhung der Gütertarife auf etwa 8,60 Mk. stellen. Durch diese Freigabe erhöht sich die dem Verbrauch übergebene Zuckermenge auf etwa 18 Millionen Zentner, so daß für den Rest des Wirtschaftsjahres noch etwa sechs bis sieben Millionen Zentner für die Verteilung übrig bleiben.

„Rote Hilfe"

25. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Beiträge

Sammlungen: Restaurant „Granate", Halle, gemütliches Beisammensein 50 Mk.; Box-Klub „International" (Lumpenabend), Halle 91,75 Mk.; Genosse Richard, hier 5 Mk.; Arbeiter der Firma Joachimsthal, Halle 61 Mk.; Kegelklub „Einigkeit", Hettstedt 78 Mk.; „Eintracht", Röglitz 75 Mk.; Ortsgruppe Dölzig 50 Mk.; Landarbeiter-Versammlung, am 5. Februar d. J., „Funkenburg", Merseburg 134,35 Mk.; Ambiwerk, Merseburg 621 Mark; Stiftungsfest des Bau- und gewerbl. Hilfsarbeiter-Vereins, am 28. Januar d. J., Hinterlee 98 Mk.; Theaterverein, Gebersleben 193 Mk.; Arbeiter-Gesangverein und Landarbeiter-Verband, Eisersleben 380 Mk.; Silvestervergnügen des Arbeiter-Radfahrer-Vereins, Groß-Kayna 41,20 Mk.; gesammelt im „Löwen", Löbejün 60 Mk.; erhalten im Schützenhaus, Löbejün 50 Mk.; Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten, Löbejün 100 Mk.; Ortsgruppe Lettin 12 Mk.; Genosse Tamer, Halle 10 Mk.; Genosse Jäckel, Seeben 11,50 Mk.; Genosse Rosch, Seeben 10 Mk.; Genosse Hesse, Seeben 11 Mk.; Genosse Keck, Seeben 11 Mk.; Versammlung in Wallendorf durch Genossen Buhler 15 Mk.; Programmüberschuß beim Unterhaltungsabend des 18. Distrikt, Halle 368,20 Mk.; Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Oberröblingen 260 Mk.; Ortsgruppe Artern 400 Mk.; Otto Witte, Köthchen 4 Mk.; Ortsgruppe Gerbstedt 15 Mk.; Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts", Halle durch Genossen Kuschbauch 31 Mk.; Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts", gesammelt am 11. Februar durch Genossen Kuschbauch 85,50 Mk.; Arbeiter-Radfahrer-Verein, Dieskau 124 Mk.; durch Neuschel und Familienklub „Fidel", Halle 40 Mk.; Nowack, Halle, Thüringer Straße 27 Mk., 30 Mk.; Ortsgruppe Dieskau 300 Mk.; Kegelklub, Neumark 129 Mk.; Konsumverein, Osmünde 200 Mk.; Hochzeit bei Genossen Leopold, Halle 107,55 Mk.; Familienfeier des Arbeiter-Radfahrer-Vereins, Merseburg 66 Mk.; öffentliches Vergnügen im „Kronprinzen" durch Genossen Brehne, Ostrau 48 Mk.; Deutscher Landarbeiter-Verband, Hinterlee 111 Mark; Verein „Frohsinn", Annaburg 134 Mk.; Gesell. Zimmerer- und Maurer-Verband, Annaburg 167 Mk.; Kegelklub Reußen 44 Mark; Versammlung am 12. Februar, Niemberg 31 Mk.; Arbeiter-Gesangverein, Teicha 143,25 Mk.; gesammelt durch Genossen Härtel-Gäbler, Halle 37 Mk.; Ortsgruppe Belleben 32 Mk.; Internationaler Bund der Kriegsopfer, Roitzsch 86,10 Mk.; Kraft-Sport-Verein „Vorwärts", Roitzsch 78,50 Mk.; Bergarbeiter-Versammlung, Kemberg 188 Mk.; öffentliche Versammlung, Friedersdorf; durch Genossen Oertel 56 Mk.; Radfahrer-Verein „Frisch auf", durch Sammlung, Brehna 120 Mk.; Ortsgruppe Ammendorf 30 Mark; Arbeiter-Radfahrer-Verein, Sennewitz 85 Mk.; Theaterabend des Arbeiter-Bildungsausschusses, Querfurt-Thalbdorf 150 Mark; Megelin u. Hübener, Werk III, Halle 192,50 Mk.; gesammelt durch Genossen Kaluza, Halle 27 Mk.; Einzeltanz des Gesangvereins „Frohsinn", Könnern 22,65 Mk.; Arbeiter-Turnverein, Kelbra 100 Mk.; R. F., Kelbra 10 Mk.; Maschinisten und Heizer der Firma Polenzky u. Zöllner, Gladitz 45 Mk.; gesammelt beim Athletenvergnügen, Löbejün 100 Mk.; Genosse Friedrich Ziegenhor, Löbejün 10 Mk.; Genosse Friedrich Kniestedt, Löbejün 5 Mk.; Genossin Triebel, Halle 9 Mk.; Ungenannt, Halle 30 Mk.; Arbeiter der Firma Heinrich Franks Söhne, Halle, durch Genossen Hoffmann 1000 Mk.; Genosse Rich. Bolm, 10 Mk.; Kommunistische Jugend, Weißenfels 54 Mk.; Deutscher Eisenbahner-Verband, Weißenfels 82 Mk.; Artistenklub „Iris", Weißenfels 42,25 Mk.; öffentliche Versammlung, Unternessa 96,50 Mk.; Verein „Freundschaftstreue", Weißenfels 100 Mk.; Extratour des Schießklubs „Gut Ziel", Weißenfels 45 Mk.; Vergnügen des Arbeiter-Turnvereins, Pirkau 101 Mk.; Rest vom Schießklub „Freischütz", Weißenfels 10 Mk.; A. K., Weißenfels 50 Mk.; Kegelklub „Kurant" und Gäste, Weißenfels 46,60 Mk.; Allgemeiner Turnverein, Weißenfels 100 Mark; im „Alten Fritz" gesammelt durch Genossen Schumann, Weißenfels 42 Mk.; Internationaler Bund der Kriegsopfer, Weißenfels 103,15 Mk.; öffentliche Versammlung, Brehna 117,65 Mark; Genosse A. Belger, Merseburg 4,10 Mk.; Stadtverordnetenhonorar von Stadtrat Langer, Merseburg, durch Genossen Richter 8 Mk.; Bandonionklub Klein-Wittenberg-Piesteritz 103 Mk.; Kostümfest des Arbeiter-Turnvereins, Werschen 114,75 Mk.; Ortsgruppe Quetz 10 Mk.

Marken: Ortsgruppe Mötzlich-Tornau 190 Mk.; Ortsgruppe Nietleben 300 Mk.; Ortsgruppe Brehna 270 Mk.; Ortsgruppe Burgliebenau 115 Mk.; Ortsgruppe Seeben 94 Mk.; Ortsgruppe Ladersleben 20 Mk.; Ortsgruppe Spiedendorf 30 Mk.; Ortsgruppe Belleben 195 Mk.; Ortsgruppe Sennewitz 10 Mk.; Ortsgruppe Merseburg 90 Mk.; Distrikt 1 105 Mk.; Distrikt 8 13 Mk.

Listen: Nr. 6670, Ortsgruppe Sennewitz 93 Mk.; Nr. 18 614 und 18 616, Grana 24 Mk.

Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD.,
Abteilung II. Sämisch.

Leunawerk

Unfälle und kein Ende. Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Von dem sagenumwobenen Leunawerk dringt wieder einmal die Kunde von einem tödlichen Unfall in die Oeffentlichkeit. Dies ist Glücksumstand. Denn sonst hüllt sich in diesen Fällen alles in den Mantel der Verschwiegenheit. Unfälle passieren in diesem Werk jeden Tag und wie leichtsinnig oft mit Menschenleben umgegangen wird, zeigt folgender Fall. Die Firma Hesse aus Leipzig ist mit dem Streichen der Eisenkonstruktion im Kesselhaus beauftragt. Wobei unter anderem der 22jährige Maler Paul Bickel aus Halle beschäftigt war. Infolge eines Hakenbruches stürzte dieser am Mittwochvormittag etwa 18 bis 20 Meter in die Tiefe und fand dabei den Tod. Dieser Unfall konnte nur durch nicht vorschriftsmäßig angebrachte Rüstung geschehen. Die Haken, auf denen das Gerüst ruht, sind, wie uns mitgeteilt wird, zu schwach. Es sind Betonhaken, die aber nicht genug gekrümmt waren, um zu dieser Rüstung verwendet werden zu können. Um nun die notwendige Krümmung herauszubekommen, sind die Haken nicht etwa von einem Schmied oder einem anderen Fachmann gebogen worden, sondern von Malern. Dabei ist ein Haken eingebrochen, aber trotzdem zum Gerüstbau verwendet worden. Durch den vollständigen Bruch des Hakens ist dann der Unglücksfall herbeigeführt worden. Auch ist weiter gegen die Unfallvorschriften verstoßen dadurch, daß das vorschriftsmäßige Schutzgerüst nicht angebracht wurde. Aus welchem Grunde hat der Betriebsrat N. dies nicht veranlaßt? Er mag sich gefragt sein lassen, daß er nicht nur dafür da ist, um die Leute anzutreiben und mit Entlassung zu drohen, wenn sich jemand weigert, ein unvorschriftsmäßiges Gerüst zu besteigen, sondern gerade er ist dazu berufen, darauf zu achten, daß die Gerüste vorschriftsmäßig aufgebaut werden, auch daß mit Sicherheitsgurt gearbeitet wird, damit der Wühlerei und der Profitgier nicht immer neue Opfer gebracht werden. Aber in puncto Arbeiterschutz scheint bei dieser Firma vieles im Argen zu liegen. Denn dies ist bereits der vierte Unglücksfall. Wo bleibt da die Unfallkontrollkommission? Als vergangenes Jahr von den Bauarbeitern verlangt wurde, daß Fachleute als Baukontrolleure angestellt werden sollten, lehnte man dies ab. Wie kann denn auch ein simpler Facharbeiter als Baukontrolleur fungieren? Erwähnt muß noch werden, daß, nachdem die Feuerwehr sich eine Stunde um den Verunglückten bemüht hatte, erst der Arzt erschien. Weshalb wurde der Arzt nicht sofort hinzugezogen? Die Schwere dieses Falles hätte das unbedingt erfordert.

Rösa b. Bitterfeld

Es geht vorwärts! Wider Erwarten hatte die öffentliche Versammlung der KPD. in Rösa für uns einen vollen Erfolg. Zirka 150 Personen waren dem Rufe der KPD. gefolgt. Das Thema des Abends lautete: „Die politische Lage, Steuerraubzug und die Lehren des Eisenbahnerstreiks". Referent hierzu war Genosse Oertel (Halle). In klaren sachlichen Ausführungen entrollte der Referent ein düsteres Bild der vergangenen und gegenwärtigen Lage und schilderte die Folgen, die sich daraus ergeben für das Proletariat: Zunehmende Verelendung, langsamer Hungertod der Massen. Aufmerksam folgten die Zuhörer den Worten des Referenten. Am Schlusse seiner Ausführungen forderte Genosse Oertel die Anwesenden auf, sich dem Kommunismus anzuschließen. Trotz mehrmaliger Aufforderung, von der Diskussion Gebrauch zu machen (es waren auch Deutschnationale da), meldete sich niemand zum Wort. Der Redner geißelte in seinem Schlußwort scharf das Verhalten der bürgerlich-sozialistischen Presse während des Eisenbahnerstreiks. Mit einem Appell an die Anwesenden, den „Klassenkampf", das Organ der Kommunistischen Partei, zu bestellen und sich der KPD. anzuschließen, schloß der Redner. In der Versammlung wurden einige Neuanmeldungen zur Partei entgegengenommen. Der Wunsch wurde laut, recht bald wieder eine Versammlung abzuhalten. Arbeiter von Rösa erwacht und seid Euch bewußt, daß nur Kampf, rücksichtsloser Kampf zum endgültigen Siege des Proletariats führen kann.

Wittenberg

Die Angestellten und die wirtschaftliche Lage. In einer Sitzung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa) wurde eine für die Spitzenorganisation bestimmte Entschließung folgenden Inhalts einstimmig angenommen:

„Die heute, am 14. Februar 1922, in Wittenberg tagende Sitzung des Afa-Ortskartells richtet an die Spitzenorganisationen die dringende Aufforderung, umgehende Erhebungen über die Höhe der Lebenshaltungskosten anzustellen. Von verschiedenen amtlichen Stellen werden zurzeit Statistiken und Indexzahlen veröffentlicht, welche der Wirklichkeit in keiner Weise entsprechen und geeignet sind, ein durchaus falsches Bild der heute geltenden Lebensmöglichkeiten und Lebensnotwendigkeiten zu geben. Ein Vergleich der bestehenden Teuerung mit den zur Auszahlung gelangenden Gehältern und Löhnen zeigt uns ohne weiteres, **unter welchem Maß der Verelendung die Massen leiden,** wie es ihnen nicht möglich ist, sich das zum Leben Nötigste anzuschaffen, während weite Kreise der Bevölkerung Kapitalien anhäufen und ein Schlemmerleben führen. — Wir erwarten von unseren Spitzenorganisationen, daß sie sofort geeignete Maßnahmen treffen, um den die öffentliche Meinung irreführenden Veröffentlichungen der statistischen Aemter wahrheitsgemäß, der Wirklichkeit entsprechende Erhebungen gegenüberstellen, welche die schwere Not unserer erwerbstätigen Bevölkerung auch richtig zum Ausdruck bringen."

Ferner nahm die Versammlung Stellung zum letzten Eisenbahnerstreik. Nach einer ausgedehnten Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Das Ortskartell Wittenberg hat von den letzten Ereignissen beim Eisenbahnerstreik mit Bedauern Kenntnis genommen und erhebt schärfsten Protest gegen das Verhalten des ADGB. und Afa. Wir verlangen von unseren Spitzenorganisationen, daß die Interessen der Arbeitnehmer im freigewerkschaftlichen Sinne gewahrt bleiben. Weiter **verlangen wir, daß endlich einmal die bekannten zehn Punkte verwirklicht werden und damit der Verelendung der Arbeiter und Angestellten Einhalt geboten wird."**

Eilenburg

Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung. Am 15. Februar fand eine von 700 Personen besuchte Gewerkschaftsversammlung statt mit dem Thema: „Steuerraubzug, Eisenbahnerstreik und die Einigung des Proletariats". Hierzu war der bekannte Mink von der USPD. erschienen, der äußerst radikale Töne erklingen ließ, die mit seiner Haltung im Widerspruch stehen. Er ging zunächst auf den Steuerraubzug und dessen Ursache ein und verwies auf das große Elend der Massen. Ein Teil der zehn Forderungen des ADGB. könnte seiner Meinung nach heute schon durchgesetzt werden; das Märchen von den „Vorbedingungen" und daß die „Verhältnisse noch nicht reif seien", hält er für einen Bluff. Weiter betont er, daß eine sozialistische Regierung noch lange nicht genüge, um zu sozialisieren, sondern es müßte erst der bürgerliche Geist beseitigt werden und dazu gehört ein festes, einiges Zusammenstehen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und die Diktatur des Proletariats. Bei Erörterung des Eisenbahnerstreiks meinte Mink, der ADGB. hätte die Pflicht gehabt, den Streik mit allen Mitteln zu unterstützen. Ebenso kann er die Stellung seiner Partei in dieser Frage nicht billigen. — In der Diskussion sprach von der KPD. unser Genosse Hermann Michaelis (Eilenburg). Er unterstreicht die Ausführungen Minks, hält es aber dennoch für seine Pflicht, den Ursachen tiefer nachzugehen, wie es kommt, daß die Einigung des Proletariats so schwer von statten geht. Genosse Michaelis ging vor allem mit dem ADGB. scharf ins Gericht und sagte, daß, wenn die Arbeiterbewegung gesunden will, erst einmal der alte verknöcherte Bureaukratismus ausgemerzt werden müsse. Dasselbe müsse gesagt werden von der USP., die überhaupt die denkbar traurigste Rolle innerhalb der Arbeiterbewegung spielt. Das gefiel den Usepetern natürlich gar nicht; sie fingen an, unruhig zu werden. Genosse Michaelis rechnete scharf mit dieser Gesellschaft ab; er verwies auf die zweideutige Haltung ihrer Führer und der unabhängigen Presse. Die USP.-Mitglieder bewiesen durch ihre Zwischenrufe, daß sie nicht einmal ihrem Leib- und Magenorgane mehr Glauben schenken. Nach einstündigen Ausführungen ermahnte unser Genosse die Mitglieder der USP., erst einmal ihren Parteistall auszumisten; ist dies geschehen, dann liegt der Einigung nichts mehr im Wege. (Stürmischer Beifall.) Das Referat von Mink unterschied sich nur wenig von einem Referat eines Kommunisten, und er wurde auch von einem Teil der Versammlung für einen Kommunisten gehalten, aber der Schein trügt, denn im Schlußwort sprach der richtige Mink. Wie ein tollgewordener Hund fiel er über die bösen Kommunisten her, weil sie ihm die Suppe versalzen hatten. Durch die klaren Ausführungen unseres Genossen Michaelis fühlte er sich getroffen. Seine letzten verworrenen Ausführungen gingen bei der Unruhe im Saale verloren; Mink wird es sich überlegen, jemals wieder nach Eilenburg zu kommen. Als Genosse Michaelis nochmals zur Berichtigung sprechen wollte, schloß der Vorsitzende kurzerhand die Versammlung. Das ist natürlich ein sehr bequemes Mittel, einer unangenehmen Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. Als der Versammlungsleiter auf seine feige Handlungsweise hingewiesen wurde, wollte er tätlich gegen unsere Genossen vorgehen. Diese lehnten es jedoch ab, sich mit solchen Geistesriesen zu befassen, um so mehr, als auch keinerlei Gelegenheit vorhanden war, die Hände wieder von dem Schmutz reinigen zu können, der bei einem Anfassen haften geblieben wäre. Die Versammlung hat gezeigt, daß die einzige Partei die KPD. ist, die bei allen Gelegenheiten die richtige Einstellung zeigt. Dies haben auch die Versammlungsteilnehmer erkannt, weshalb wir getrost in die Zukunft blicken können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220221-18/fragment/page=0006

Kaufmannsgericht Halle

Wie Tarife durchbrochen werden

Die kaufmännischen Angestellten sind in ihrem Klassenbewußtsein und in der Erkenntnis ihrer Lage in ihrer Gesamtheit noch nicht soweit vorgeschritten, wie die Arbeiterschaft. Sie haben die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation noch nicht in dem Maße erkannt, wie es zur Durchsetzung ihrer berechtigten Ansprüche durchaus notwendig ist. Deswegen können die kaufmännischen Angestellten in weit höherem Maße ausgebeutet werden als die Arbeiterschaft. Hat eine Arbeiterorganisation einen Tarifvertrag abgeschlossen, dann wird er auch restlos durchgeführt, während im Kaufmannsgewerbe trotz der Verbindlichkeitserklärung immer noch die schrankenloseste Willkür herrscht. Trotzdem nach dem Tarif des Zentral-Verbandes das Mindestgehalt 800 Mk. beträgt, kommt es noch häufig vor, daß Monatsgehälter für Stenotypistinnen und junge Verkäuferinnen von 300 Mk. gezahlt werden. Diese miserablen Hungerlöhne sind natürlich nur da möglich, wo die freie Angestelltenorganisation keinen Eintritt bei den Beschäftigten gefunden hat, oder wo eben lange Arbeitslosigkeit oder Kriecherei jedes Selbstbewußtsein ertötet hat.

Die Gerichte haben bekanntlich die Aufgabe, die Gesetze und Verordnungen, sowie das bestehende Recht zur Durchführung zu bringen und deren Uebertretungen zu bestrafen. Das Hallische Kaufmannsgericht scheint darüber anderer Meinung zu sein, wenigstens der Vorsitzende, Dr. Papst, der manchmal einen recht eigenartigen Standpunkt einnimmt. Er ist der Ansicht, daß ein Angestellter, der zu einem untertariflichen Gehalt eingestellt worden ist, nach der Verbindlichkeitserklärung des neuen Tarifvertrages, im Falle der unberechtigten fristlosen Entlassung, keinen Anspruch auf tarifmäßige Entlohnung hat. Ferner steht es dem Arbeitgeber frei, Arbeitskräfte, sofern er solche erhält, unter Tarif zu bezahlen.

Sollte diese Ansicht des Dr. Pabst die allgemein geltende sein, dann ist jede Verbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages nur eine Farce.

Wie Herr Papst selbst feststellte, trägt der Angestellte bei Forderung des Tarifgehaltes das Risiko, entlassen zu werden, er hat dann wohl Anspruch auf Tarifgehalt während der sechswöchigen Kündigungszeit.

Dem Arbeitgeber steht es also frei, die für verbindlich erklärten Tarife, die verbindlich sind für alle Arbeitgeber, ganz gleich, ob sie der vertragschließenden Arbeitgeberorganisation angehören oder nicht, nach Herzenslust zu durchbrechen, und findet hierbei die Unterstützung des Gerichts. Wir glauben nicht, daß der Gesetzgeber bei Schaffung der Verordnung über Verbindlichkeitserklärungen von Schiedssprüchen und Tarifverträgen diese Absicht gehabt hat.

Lieber 1000 Mark dem Rechtsanwalt

als 300 Mk. den eigenen Angestellten will der Besitzer der Auto-Reparatur-Werkstatt Sickel in der Wielandstraße zahlen. Die Stenotypistin Fehse war zu dem fürstlichen Monatsgehalt von 300 Mk. bei dem Beklagten längere Zeit tätig. Am 5. Januar erkrankte sie und mußte das Krankenhaus aufsuchen. Voraussichtlich wurde sie am 28. Januar wieder gesund, so daß sie am 30. Januar ihre Arbeit wieder aufnehmen konnte. Der Arzt erklärte sie jedoch erst am 1. Februar für arbeitsfähig. Am 31. Januar entschuldigte sie sich, so daß sie nur einen Tag wegen Krankheit unentschuldigt gefehlt hat. Am 1. Februar wurde sie vom Prokuristen fristlos entlassen. Nach Erhalt ihrer Papiere unterschrieb sie einen Revers, daß sie weitergehende Ansprüche an die Firma nicht habe. Nach dem Tarifvertrag ist der Arbeitgeber verpflichtet, während der Krankheit bis zu sechs Wochen das Gehalt zu zahlen. Die Zahlungsverpflichtung für Januar bestand also. Die Erklärung auf den Verzicht weitergehender Ansprüche, auf Einhaltung der gesetzmäßigen Kündigungsfrist, legte das Gericht auch für die Dauer der Krankheit aus, so daß eine Verurteilung nur für die Zahlung der geleisteten Arbeit vom 1. bis 5. Januar, in Höhe von 50 Mk., erfolgte. Und nun zeigte sich Herr Sickel ganz als feiner Mann. Das Gericht wäre unkorrekt, das war noch der gelindeste Ausdruck, das Gericht drohte schließlich, ihn in eine Ordnungsstrafe zu nehmen. „Lieber zahle ich 1000 und 10 000 Mk. an einen Rechtsanwalt, als die 50 Mk. an meine Stenotypistin!"

Leider sind derartige Fälle nicht vereinzelt, sondern schon eine typische Erscheinung geworden. Nur nicht den Angestellten gegenüber nachgeben, lieber sonst welche Ausgaben machen. Dem Auftreten des Beklagten gegenüber wäre der Schärfe am Platze gewesen, mit der das Gericht gegen die Vertreter der Angestellten manchmal vorgeht.

Aus diesem Fall ist zu ersehen, daß bei Lösung eines Arbeitsverhältnisses niemals irgend welche Verzichterklärung unterschrieben werden darf. Weigert sich der Arbeitgeber, die Papiere ohne diese Unterschrift herauszugeben, dann trägt allen dem Arbeitnehmer daraus entstehenden Schaden der Arbeitgeber.

Radfahrer-Schläuche Mäntel 671 **billigst!!**
Spezialgeschäft H. Bieder, Große Steinstraße 35, gegenüber den Kliniken.

Deutsch. Transportarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Halle u. Umgegend. 790
Donnerstag, den 23. Februar, abends ½8 Uhr, im „Volkspark":
: Mitglieder-Versammlung :
Tagesordnung:
Bericht über die letzten Lohnverhandlungen und Stellungnahme dazu.
Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.
Zahlreichem Besuch der Kollegen und Kolleginnen sieht entgegen Die Ortsverwaltung.
NB. Eine Stunde vor der Versammlung Lohnkommissionssitzung ebenda.

Konf.-Produktiv-Genossenschaft „Volkshaus", Jeßnitz, e. G. m. b. H.
Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 4 Uhr:
Außerordentliche
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Verlesen des Protokolls. *160
2. Ankauf von Grundstücken.
Der Vorstand. O. Krüger. Der Aufsichtsrat. Fried. Winkemüller.

Volkspark.
Geöffnet von nachm. 3 Uhr an
Für
Sitzungen und Konferenzen
ist das Lokal von 8 Uhr morgens an geöffnet. 789

Fellsammler!
steigert Euren Verdienst, in dem Ihr sämtliche Felle, Wolle und Roßhaare an die
Hallesche Fellhandlung, G. m. b. H.
Kleiner Sandberg 14
abliefert. :: :: Ueberzeugt Euch. *74

Marinestabsarzt Dr. med. Dammann's
Radikalmittel gegen
Geschlechtsleiden!!
Wenn Sie alles umsonst oder ohne dauernden Erfolg angewandt, lassen Sie sich sofort belehrende Broschüre kostenlos in verschl. Kuvert ohne Aufdruck geg. 4 Mk. für Porto und Spesen senden. Tausende freiwill. Dankschreiben. Präparate seit langen Jahren bewährt gegen Harnröhrenleiden (Ausfluß frisch u. veraltet), Syphilis, ohne Einspritzung, ohne Quecksilber u. Salvarsan, ohne Berufsstörung. Mannesschwäche (aufsehenerregende Erfolge bei allen Altersstufen). Weißfluß. Leiden genau angeben, damit richtige Broschüre gesandt wird. Auskunft kostenlos gegen Rückporto.
Warnung vor wertlosen Präparaten die mit Phantasiepreisen angeb. werden *108
Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H.
Sommerfeld 74. (Bez. Frankfurt, Oder)
Breitestraße 12.
Spezialärztliche Leitung.

Leder-Ausschnitte,
Schuhmacher-Werkzeug, Gummiabsätze, Schnürsenkel
empfiehlt preiswert 750
Wilhelm Kranig, Neue Promenade 15.

Alle Arten Alt-Metalle, Knochen, Lumpen, Papier, Hasen-, Ziegen-Felle
kauft stets zu höchsten Tagespreisen
R. Gottschalk,
Königstraße 17, Hof. 792
Postkarte bei Abholung. Telephon 3357.

Nicht irreführen lassen,
die richtige Firma heißt Curt Zöhl.
Geschäftszeit von 8 Uhr vorm. bis ½7 Uhr abends.

Zahle für: 797

Ziegenfelle	Stück bis 210 Mk.	Blei	Kilo bis 12 Mk.
Hasenfelle	Stück bis 45 Mk.	Zink	Kilo bis 10 Mk.
Kupfer	Kilo bis 45 Mk.	Lumpen (unsort.)	Kilo bis 2,20
Rotguß	Kilo bis 30 Mk.	Papier	Kilo 1,80
Eisen	Kilo 1,80	Knochen	Kilo 1,20

Außerdem kaufe ich:
Wein- und Sektflaschen, Kaninchenfelle usw.
Lasse auch abholen. Karte schreiben genügt.
Curt Zöhl
Kl. Ulrichstr. 26 (im Hof) | Schwetschkestr. 36 (Bertramstr.) | Albrechtstr. 24 (im Hof).

Konfirmanden- und Entlassungsanzüge
in blau, braun und dunkeln soliden Stoffen.
Modernste Ausführung.
:: Billigste Preise. :: 795
Moritz Cahn,
Große Ulrichstraße 4.

Kaninchenfelle
kaufen 91
Gebr. Danglowitz,
Fellhandlung, Fischerplan 2.

Militär-Schaft-Schnürschuhe,
getragen, aber noch gut erhalten, verkauft zu billigen Preisen
*121 J. Sternlicht, Alter Markt 11.

Frauenhaare 100
kauft à Kilo bis Mk.
Friseur Griesemann,
nur Leipziger Straße 63. *107

Silber-, Gold-, Platin-Bruch,
alte Uhren, Gold- und Silbersachen
kauft zu den höchsten Tagespreisen 105
Alb. Sparmann,
Halle a. d. S.,
Große Steinstraße 47
(neben Walhalla).

Abreiß-Wochenkalender
Porto 1 Mk. Preis 5,— M.
Kalenderblocks, einz.
Preis à 2,—, 3,50 u. 4,50 M.
empfiehlt die F
Volksbuchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Zeitungs-Makulatur
verkauft der
Verlag Klassenkampf
Lerchenfeldstraße 14.

Nähmaschinen
ADLER

auf Wunsch leichtere Zahlungsbedingungen.
Karl Möller
Schmeerstraße 1. 791

Hausfrauen kauft nur bei unseren Inserenten!

Raucher raucht
Schuwalow-Zigaretten
hergestellt aus reinen Orient-Tabaken. 580
Zigarettenfabrik Xanthi, Dresden.
Fabriklager: Halle, Krausenstr. 25, Tel. 1832.

Werbt für die Produktiv-Genossenschaft!

Schlafstelle 785
oder ungen. möbl. Zimmer wird gesucht; Nähe Merseburger Straße. Offert. unt. Kl. 25 a. d. Exp. d. Bl. erbet.

Rohstoff-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.
Telephon 1577. **Domplatz 9** Telephon 1577.
kauft laufend sämtliche Sorten:
Lumpen, Papierabfälle, Bücher, Zeitungen, Knochen, Wein- und Sektflaschen, Felle, Alteisen und Metalle
zu den höchsten Tagespreisen.

Wo bekommt man viel Geld?
Nur
28 Lessingstr. 28
Geschäftszeit von früh 8 Uhr bis abends ½7 Uhr.
Dort zahlt man für: 796

Kupfer	pro Kilo bis Mk.	42,00
Rotguß	" " " "	26,00
Zink	" " " "	9,00
Blei	" " " "	10,00
Knochen	" " " "	1,00
Papier geb.	" " " "	2,20
Lumpen (unsortiert)	pro Kilo bis Mk.	2,20
Hasenfelle	" Stück " "	43,00
Ziegenfelle	" " "	200,00

Alteisen pro Kilo bis 1,70 Mk.
Außerdem kaufen wir:
Kaninfelle, Wein- und Sektflaschen
zu den höchsten Preisen.
Auf Wunsch kostenlose Abholung.
Rohprodukten-Zentrale **F. Wilsdorf & Co.**
Höchste Preise. Höchste Preise.

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe unser. teuren Entschlafenen, des Maurers
Eduard Laue
(Connewitz), sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten, insbesondere seinen Arbeitskollegen d. Rexitekt, Schkeuditz, für den reichen Blumenschmuck und das Geleit zur letzten Ruhe hierdurch herzlichen Dank. *161
Connewitz, d. 21. Feb. 22.
Im Namen sämtlicher Leidtragenden
Albin Laue.

Familien-Nachrichten

Danksagung.
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgange unseres lieben und teueren
Trudchens
sagen wir allen unseren innigsten Dank. Dank auch den Herren Aerzten und den Schwestern der 1. Frauenstation der Medizinischen Klinik für ihre liebevolle Behandlung während ihrer langen Krankheit.
Halle, den 20. Februar 1922. 788
Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie Singer.

Nachruf.
Am Donnerstag, dem 16. d. M., verschied ganz unerwartet infolge Unglücksfalles, unser lieber Kollege, der Elektromonteur
Karl Bartz
im Alter von 23 Jahren.
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren! 787
Groß-Kayna, den 20. Februar 1922.
Die Belegschaft des Kraftwerkes Groß-Kayna.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220221-18/fragment/page=0007
DFG

Leben • Wissen • Kunst

Jack

Ein Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet.

„O, das ist nur die Reisemüdigkeit und der feine Anzug", sagte der brave Roudic und fügte, zu seiner Frau gewendet, hinzu: „Clarisse, suche eine Hose und Bluse für den Lehrling heraus, und weißt du was? Nimm ihn gleich mit in sein Zimmer, er fällt ja vor Müdigkeit um, und morgen muß er um 5 Uhr auf sein. Hörst du, mein Junge, punkt 5 Uhr rufe ich dich."

„Ja, Herr Roudic."

Ehe er ging, mußte Jack noch das Lebewohl Labassindres anhören, der ein Glas auf sein besonderes Wohl trinken wollte.

„Auf deine Gesundheit, mein alter Jack, auf das Wohl des Arbeiters."

Während die Männer weiter plauderten, betrat Jack in Begleitung der beiden Frauen das Haus. Es war nicht sehr geräumig und bestand aus einem in zwei Zimmer abgeteilten Erdgeschoß, wovon das eine, die gute Stube, mit einem Sessel und großen Muscheln gesiert war. Oben war dieselbe Einteilung. Keine Tapeten an den Wänden, sondern ein so oft ausgebesserter Kalkanstrich, große Himmelbetten mit blau- und rosageblümten Vorhängen. In Zenaides Zimmer befand sich das Bett nach alter bretanischer Sitte in einer Nische in der Mauer. Ein geschnitzter, eisenbeschlagener Eichenschrank, Heiligenbilder und Rosenkränze aller Art vervollständigten die Einrichtung. In der Ecke verbarg ein großgeblümter Wandschirm die Leiter, welche zu dem Dachstübchen des Lehrlings hinaufführte.

„Hier schlafe ich", sagte Zenaide, „und du, mein Junge, wohnst da oben über mir. Du brauchst dich aber nicht zu genieren, sondern kannst gehen und tanzen, ich habe einen festen Schlaf."

Eine große Laterne wurde angezündet, dann sagte er „Gute Nacht" und kletterte auf seinen Hängeboden. Sicherlich hatte der Schlafsaal im Gymnasium Metoyval den alten Jack auf sonderbare Behauptungen vorbereitet; aber es waren doch mehrere, welche dieses Elend teilten, hier war weder Maduh, noch sonst jemand.

Der Knabe betrachtete die niedrige, hängende Decke, an der er sich an die Stirn stieß, das mit Stecknadeln an der Wand befestigte Bild von Epinal; er betrachtete auch den auf dem Bett liegenden Lehrlingsanzug, die weite blauleinene Hose und den auf den Achseln mit groben Stichen durchsteppten Kittel.

„Das bin ich", dachte Jack, und während er noch traurig vor sich hinsann, drang aus dem Garten das wirre Durcheinander der Redenden, vermischt mit einem sehr erregten Gespräch, welches im unteren Zimmer zwischen Zenaide und ihrer Stiefmutter stattfand.

Man unterschied deutlich den tiefen, männlichen Baß des jungen Mädchens von Frau Roudics leichter, schmelzender, jetzt von Tränen ersticker Stimme.

„Mein Gott, ja, mag er gehen", sagte sie leidenschaftlicher, als man von ihrem schlaffen Wesen erwarten konnte.

Nun schien Zenaide besänftigt und beide küßten sich.

In der Laube sang Labassindre jetzt eine alte süßliche Romanze, wie sie die Arbeiter gern hören, und der Chor fiel in langgezogenen Tönen ein.

„Ja, ja, laßt uns singen."

Jack befand sich in einer neuen Welt, in der er sich nicht zurechtzufinden wußte. Nur der Gedanke an seine Mutter hielt ihn aufrecht.

Seine Mutter.

Er dachte an sie, während er den sternenbesäten Himmel betrachtete. Plötzlich hörte er neben sich einen tiefen Seufzer und bemerkte, daß Frau Roudic an ihrem Fenster weinte und daß noch ein anderer Schmerz, als der seinige, in dieser schönen Nacht wachte.

Dreizehntes Kapitel.

Am Schraubstock.

In der Mitte der Schmiedehalle, wo das Tageslicht in breiten, goldlichen Streifen hereinfällt und die dunklen Ecken plötzlich von Funken erleuchtet werden, steht ein riesiger am Boden befestigter Eisenblock, welcher seine gierigen, beweglichen Kinnladen öffnet, um ein glühendes Metallstück zu ergreifen und festzuklemmen, welches nun unter einem Funkenregen mit dem Hammer zurechtgeschlagen wird. Dies ist der Schraubstock.

Jeder Lehrling wird zuerst an den Schraubstock gestellt. Hier lernt er beim Drehen der schweren Schraube, was eigentlich weit über seine Kinderkräfte geht, die Arbeit in der Werkstatt, das Handhaben und Zurichten des Eisens.

Der kleine Jack steht am Schraubstock. Der entsetzliche, betäubende Lärm von dreihundert zu gleicher Zeit auf den Amboß fallenden Hämmern umgibt ihn. Es kreischt, heult und zischt um ihn her. Jack ist entsetzt. Er steht schweigend bei seiner Arbeit, mitten unter halbnackten Männern, welche mit an der Spitze rotglühenden Eisenstangen beladen, den Schraubstock umdrängen. O, wenn die Märtin Charlotte jetzt ihr Kind, ihren Jack, inmitten der schweißtriefenden Menge sehen könnte, wie er bleich, mit über die Arme gestreiften Ärmeln, mit roten Augen und von dem scharfen Staub entzündeter Kehle dasteht, welch' Mitleid, welche Gewissensbisse würde sie empfinden.

Da jeder in der Werkstatt einen Spitznamen trägt, so hat man ihn seiner Magerkeit wegen „den Azteken" genannt.

„He, Azteke, hurtig, mein Junge, schraub' zu, noch mehr, feste, zum Teufel!"

Es ist die Stimme Lebescams, des Obermeisters, der durch das Getöse ruft. Dieser schwarze Riese, dem Roudic die erste Erziehung des Lehrlings anvertraut hat, hält dann und wann ein, um ihm einen Rat zu geben, ihm zu zeigen, wie man einen Hammer hält. Der Meister ist rauh, der Knabe ungeschickt. Jener verachtet seine Schwäche, dieser fürchtet dessen Kraft. Er tut, was man ihm heißt, dreht die Schraube, so fest er kann. Aber seine Hände sind voller Blasen, die ihn schmerzen und beinahe zum Weinen bringen; zeitweise ist er sich seiner kaum mehr bewußt.

Es ist ein entsetzliches Dasein nach den zwei Jahren, die er in der Freiheit und frischen Luft des Erlenhäuschens zugebracht hat!

Morgens um fünf rief ihn Vater Roudic.

„Hella, mein Junge!"

Seine Stimme dröhnte durch das nur aus Holz gezimmerte Haus. In aller Eile wurden einige Bissen gegessen und ein Schluck Wein getrunken, den die schöne Clarisse noch im Nachthäubchen einschenkte. Dann machte man sich auf den Weg zur Hütte, von der eine melancholische, unermüdliche Glocke ertönte „bim, bam". Nun entstand ein verworrenes Getrappel und Hasten in den Straßen und Höfen, an den Werkstattüren. Endlich, nachdem die vorgeschriebenen zehn Minuten verstrichen waren, verkündete die gefentte Fahne den Zuspätkommenden, daß die Werkstätten für sie geschlossen seien.

Die strenge, einengende Tagesordnung d'Argentons war nichts dagegen. Jack fürchtete sich sehr davor, „die Fahne zu vergessen", und stand meist lange vor dem ersten Glockenschlag an der Tür.

Eines Tages jedoch, zwei oder drei Monate nach seinem Eintritt in das Hüttenwerk, hätte ihn die Bosheit der anderen Lehrlinge beinahe verhindert, zur rechten Zeit da zu sein. An jenem Morgen entführte ihm der scharf vom Meere her wehende Wind seine Mütze gerade in dem Augenblick, als Jack die Werkstatt betrat.

„Halt, halt!" schrie der Knabe und eilte die Straße hinab; anstatt sie aber aufzunehmen, schleuderte ein vorübergehender Lehrling mit einem Fußstoß die Mütze ein gutes Stück weiter. Ein anderer und noch einer taten dasselbe. Es war ein sehr unterhaltendes Spiel für alle, außer Jack, der nur mühsam seine Tränen zurückhielt. Unterdessen schlug die Glocke zum letztenmal an.

Der Knabe sah sich genötigt, die Verfolgung aufzugeben und umzukehren, er war trostlos. Eine Mütze ist teuer, er mußte an seine Mutter schreiben, sie um Geld bitten! Was ihn aber am meisten schmerzte, war der Haß, dem er überall begegnete und der sich bei der kleinsten Gelegenheit verriet.

Als er atemlos an der noch offenen Tür anlangte, hörte er hinter sich einen schwerfälligen Schritt und in demselben Augenblick legte sich eine breite Hand auf seine Schulter. Zurückblickend gewahrte er ein rothaariges Ungeheuer, welches ihm freundlich zulächelte und ihm seine Mütze wiederbrachte. Wo hatte er dieses Gesicht schon gesehen? Richtig auf dem Wege nach Corbeil, es war der vor dem Gewitter flüchtende Krämer mit seiner Tracht Hüte auf dem Rücken. Aber jetzt war keine Zeit mehr, die Bekanntschaft zu erneuern, der Aufseher ließ die Fahne herab und schrie ihm zu:

„Holla, Azteke, beeile dich!"

Er konnte nur seine Mütze ergreifen und Belisar ein „Danke" zurufen.

Heute fühlte sich Jack am Schraubstock weniger traurig und einsam. Er sah während der ganzen Zeit die schöne Straße nach Corbeil mit ihren Gärten und Rosenböschungen, sah den Wagen des Doktors daherkommen und fühlte die frische Wiesenluft. Nach Feierabend suchte er in ganz Indret nach Belisar, aber der Krämer war verschwunden; auch am folgenden Tage sah er ihn nicht und das Gefühl der Einsamkeit überkam ihn allmählich wieder.

In der Werkstatt liebte ihn keiner; niemand verteidigte ihn. Der Obermeister, der ihn überhaupt „erbärmlich" fand, gab es auf, sich um ihn zu kümmern und gab ihn den Bosheiten des ganzen Saales preis. Was hatte dieser zarte Pariser, der nicht wie jedermann sprach, sondern „ja, mein Herr, nein, mein Herr", sagte, überhaupt in Indret zu suchen? Man hatte seine Begabung für die Mechanik so sehr gerühmt, aber der Azteke verstand nichts davon, er wußte nicht einmal einen Niet aufzulegen.

(Fortsetzung folgt.)

Den Schiebern

Gott versah uns mit zwei Händen,
Daß wir doppelt Gutes spenden,
Nicht um doppelt zuzugreifen
Und die Beute aufzuhäufen
In den großen Eichentruhn
Wie gewisse Leute tun — —
Ihren Namen auszusprechen,
Dürfen wir uns nicht erfrechen — —
Hängen würden wir sie gern,
Doch sie sind so große Herrn!
Philantropen, Ehrenmänner,
Manche sind auch uns're Gönner,
Und man macht aus deutschen Eichen
Keine Galgen für die Reichen.

Heinrich Heine.

Von der Proletarierkrankheit zerfressen

In einem kleinen Lebensmittelgeschäft in der E.-Straße.

Der Kleine auf meinem Arm tippt lachend mit seinem Zeigefingerchen auf die löcherige, schmutzige Mütze eines fünfjährigen Jungen. Ich betrachte die schmächtige, in erbärmliche Lumpen gehüllte Gestalt des Kindes, die unglaublich dünnen Arme und Beine.

Mein Junge wird mir schwer und ich setze ihn ab. Er stellt sich vor das arme Kind, blickt es lächelnd an und berührt seinen zerfetzten Ärmel. Schüchtern schaut der Knabe auf den kleinen, rotbackigen Kerl, der sich so für ihn interessiert.

Auch mich fesselt das bleiche Gesicht des fremden Kindes. In den dunklen Augen liegt die ganze Kindlichkeit eines Fünfjährigen, in den Zügen der Ausdruck eines großen Leidens, wie man ihn fast nur bei Erwachsenen findet.

„Was bekommst du?" fragte die Geschäftsfrau das Kind. „Ein halbes Pfund Gerste" (für eine Wassersuppe, denke ich) und über die Theke reckt sich der kleine Arm, die Hand schüttelt eine Menge kleines Geld aus.

„Was hast du an der Hand?" fragte die Frau, und ich sehe die verstümmelte, von offenen Wunden bedeckte Kinderhand. Ein Grauen steigt in mir hoch und schon bestätigt der Kindermund mit wehmütig, gelassenem Lächeln, das in erschütterndem Kontrast zu dem kindlichen Alter steht: „Tuberkulös, im Krankenhaus hat man mir zwei Finger abgeschnitten." Mit beiden Händen greift er nach der Graupendüte, die kurzen Ärmel ziehen sich zurück und ich sehe die mit Narben und Wunden bedeckten schmutzigen Ärmchen.

Unwillkürlich nehme ich meinen Jungen wieder auf den Arm und weiche einen Schritt zurück. „Armer Junge," meint etwas erschrocken die Frau, wendet sich aber geschäftseifrig andern Dingen zu.

Der kleine Junge mit seiner Gerste verschwindet eilig im Dunkel des naßkalten Winterabends.

Mir ist, als umkrallen die tuberkelzerfressenen Kinderhände meine Seele mit durchdringendem Hilfeschrei. Meine Gedanken folgen dem Kind in seine dunkle, dumpfigkalte Behausung, wo eine zahlreiche Familie — wohl alle von dieser furchtbaren Proletarierkrankheit befallen — hungrig auf die Gerstensuppe ohne Fleisch und ohne Kartoffeln warten mag.

Doch all' Vorstellungen beherrschen das bleiche, leidverklärte Knabengesicht. Was kann für dich geschehen, Kind? Für dich und die Millionen deiner Leidensgefährten.

Gibt es nicht anderes für Euch als das grausame Messer des Chirurgen, das Eurem Körper Glied um Glied raubt, bis der furchtbare Zersetzungsprozeß beendet ist und damit auch Euer kurzes schmerzensreiches, freudloses Leben?

In meinem Innern tauchen plötzlich andere Bilder auf: Sonnenüberflutete Landschaften des Südens, leuchtendweiße Marmorpaläste an blauen, italienischen Seen, herrliche Kurorte im Hochgebirge. — Ja, Euch Todgeweihten alle Schönheit, aller Reichtum der Welt!

So müßte es sein.

Proletarier? Ihr erlebt täglich und stündlich den Wahnsinn, die schreiende Ungerechtigkeit dieser kapitalistischen Weltordnung. Ihr könnt es jeden Tag in Eurer Zeitung lesen, — und doch leben viele von Euch in Gleichgültigkeit und Stumpfsinn dahin.

Wann wird das endlich anders, wann endlich ratet Ihr Eure Kraft und Energie zusammen und sorgt, — daß die Welt so wird, wie sie sein müßte? (Aus der Düsseldorfer „Freiheit".)

„Nur eine Nacht . . ."

Wien. Moulin rouge. Zwei Stunden nach Mitternacht. Auf Händen und Füßen, heisere Laute ausstoßend, kriecht ein schwerbetrunkener „Kaufmann", Ausländer natürlich, nach der „Stehgeige" des todmüden Orchesters, drückt ihr ein paar Lappen in die Hand — 10 000 Kronen — und versucht zu befehlen:

„Nur eine — —"

Weiter bringt er es nicht. Aber die kurze Andeutung ist dem Musiker schon genug, er findet ein kleines Lächeln und ein „Bitschön" und fünf Sekunden später seufzt die süßliche Melodie mit dem soundsoviellsten Kehrreim:

„Nur eine Nacht sollst du mir gehören bis zum Morgenrot.
Brauchst mir keine ewige Liebe zu schwören, daß du mir treu bis zum Tod —"

Wohin paßt dieses Lied besser, als hierher? Ist jemand in diesem vollen, erstickend-heißen Saal, wo Samt und Vergoldung, Pracht und Reichtum vortäuschen, der einer anderen Moral huldigte?

„Nur eine Nacht — —"

Kahle Männerschädel schimmern feucht im hellen Glanz der elektrischen Kronleuchter — entblößte Frauenschultern, perlweiß einige, teerosengelb andere, aber alle schwergepudert, angestarrt von vielen gierigen Augenpaaren. —

Leichte Wattekugeln, die Schneebälle vorstellen sollen, fliegen von Tafel zu Tafel, Verbindungen anknüpfend zwischen suchenden Männern und wartenden Frauen, Kinderluftballons, rosige Liebesboten, treiben, schnell in die Höhe gestoßen, in einer Luft schwer und dumpfig von Tabaksqualm und Champagnerdunst.

Schnelle Kellner, trabend, gehetzt durch die strengen Augen des korrekten Geschäftsführers, füllen die noch dreiviertelvollen Gläser wieder bis zum Rande. Es muß getrunken werden, getrunken. Der Champagner kostet 9000 und 12 000 Kronen die Flasche. Aber was schert das dieses Publikum? Hat es noch andere Sorgen, als genug zu trinken bis zum letzten, vielleicht bitteren Zug?

Auf der Galerie steht ein junger Mann. Lachende Freunde umringen ihn. Sein Antlitz ist dunkelrot, unsicher flackern seine Augen. In beiden Händen hat er dicke Bündel farbiger Papiere. Banknotenpapier. Oesterreichisches Bankpapier. Mit wilder Geste streut er die blauen „Papierfetzen" auf die Menge unter ihm. Man sieht flüchtig auf. Aber niemand bückt sich, um einen Schein von 100 Kronen aufzunehmen. Es ist nicht der Mühe wert. Für dieses Publikum nicht der Mühe wert.

In einer Ecke steht ein junges Mädchen. Dunkle Löckchen tanzen bei ihren lebhaften Bewegungen um die kleinen Ohren. Ihre weißen Arme, übereinandergeschlagen, gleichen zwei blanken Schlangen gegen die schwarze Seide ihres Kleides. Fünf, sechs Herren umringen sie.

„Dreißigtausend" — ruft der eine.

„Fünfunddreißig."

Hitzig bieten sie von neuem.

„Vierzig." Das ist das Angebot eines jungen Mannes, Engländer, unverkennbar als solcher gezeichnet durch den kurzen Pfeifenstummel, den er zwischen die Zähne klemmt.

Sie zögert.

Ein alter Herr mit Goldlorgnette, trippelt eifrig heran.

„Fünfzig, fünfzig, Poldi," sagt seine schrille Stimme.

Poldi runzelt die Augenbrauen. Sie hat eine stille Vorliebe für den Briten. Aber der schweigt.

Dann streckt sie dem greisen Herrn ihr feines weißes Händchen entgegen.

„Zugesprochen."

Die Gruppe zerstreut sich, Poldi läßt sich ihren Pelz bringen.

„Nur eine Nacht" — 50 000 Kronen . . .

Aber draußen in der grimmigen Kälte stehn die Bettler. Eine Frau mit ihrem Säugling auf dem Arm. Ein alter Mann, einbeinig, dessen gelbgrauer Bart vor seiner Brust wie eine Fahne weht. Ein Junger, Kriegsverletzter, schütternd und zitternd, Nervenschock. Bebende verschämte Hände werden ausgestreckt, so oft Lebemenschen aus dem lichten Tor des Kabaretts auftauchen. Aber gefüllt werden die Hände selten. Diese Männer, die soeben eine Rechnung über Zehntausende von Kronen mit einem Lächeln bezahlten, halten die Mühe für zu groß, noch einmal ihr Portefeuille aus der sicheren Tiefe der Brusttasche zu ziehen. Es ist zu kalt, und der Chauffeur hat die Autotür schon geöffnet. Man stelle sich vor, daß so ein Mann sich die Influenza holen könnte!

Der Wagen gleitet schon weg . . .

*

Das ist mein letztes Bild von Wien. So oft ich an diese lustigste Stadt Europas zurückdenke, habe ich stets ein Gefühl tiefer Scham. Ich schäme mich vor mir selbst und vor allen andern Völkern und Einzelnen, die helfen könnten und es nicht tun. Natürlich, es ist Wohltätigkeit geübt worden. Von vielen und auf mancherlei Weise. Aber trotzdem ist das Elend in der Hauptstadt der österreichischen Republik von Woche zu Woche gestiegen. Und steigt noch. Niemand weiß, welch schrecklches Elend hinter verschlossenen Türen in „anständigen" Haushalten gelitten wird. Niemand weiß, wieviel junge Mädchen sich verkauft haben, um sich vor dem Hungertod zu retten. Niemand kennt den Verfall, den hoffnungslosen Verfall, körperlich und moralisch, von vielen tausenden Männern und Frauen.

Oder will man es nicht wissen? Muß ich vielleicht der Elendsgeschichten noch mehr erzählen? Das ist doch überflüssig. Wenn die Gewissen noch nicht erwacht sind, wird auch der aufpeitschendste Artikel sie nicht mehr wecken. Aber noch einmal will ich es sagen. Hier geht ein Volk zu Grunde. Eine Kultur. Bald kommt die Explosion. Unabwendbar. Die mit Brettern dicht verbarrikadierten „Schiebercafés" sagen deutlich, daß es auch für die Geduld des österreichischen Volkes eine Grenze gibt.

Aus dem Holländischen übersetzt von Willi Eildermann.

„Laßt sie arm sein!"

„Ja — aber laßt uns einen Augenblick betrachten, was dieses „Laßt sie arm sein" eigentlich bedeutet. Es bedeutet: Laßt sie schwach sein. Laßt sie unwissend sein. Laßt sie Infektionsherde sein. Laßt sie häßlich und schmutzig sein. Laßt sie rhachitische Kinder haben. Laßt sie ihre Arbeit unter dem Kostpreis verkaufen und laßt sie die Löhne ihrer Arbeitskameraden auf dasselbe Niveau heruntierkonkurrieren. Laßt ihre Wohnungen Slums werden und Zentren geistigen und körperlichen Ansteckungsstoffes sein. Laßt ihre Töchter den Söhnen der Oberklasse die ganze Reihe venerischer Krankheiten geben. Laßt ihre Söhne die männliche Jugend der Arbeiterklasse mit allen den Formen intellektuellen moralischen und politischen Blödsinns und intellektueller, moralischer und politischer Korruption infizieren, die bei den Unterernährten und Verwahrlosten so üppig gedeihen. Laßt die Wertlosen noch wertloser werden und laßt die Guten zwar nicht Schätze im Himmel sammeln, aber sich Ingredienzen (Zutaten) zu einer irdischen Hölle anhäufen."

Georg Bernhard Shaw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220221-18/fragment/page=0008